Die Lehren aus dem Kampf in Brokdorf

1 H 3752 CX

Seite 6 und 7

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 9 vom 4. März 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Kommunist aus Neumünster in der DDR verhaftet

Kämpft Bernd Hübner aus der Stasi-Haft frei!

Zehn Tage blieb Doris Hübner ohne jede Nachricht. Ihr Ehemann, der 22jährige Werkzeugmacher Bernd Hübner aus Neumünster, war von einem Besuch nach Ostberlin nicht zurückgekehrt. Am Morgen des 12. Februar hatte er sich von seiner Frau verabschiedet. Er freute sich auf den Besuch bei Bekannten in Westberlin, auf den geplanten Abstecher in den Osten der Stadt. Doch abends wartete seine Frau vergeblich. Bernd Hübner ist spurlos verschwunden. Die DDR-Behörden hüllen sich in Schweigen. In Bonn zuckt man die Achseln. Doch dann, nach zehn Tagen Angst, Ungewißheit und Sorge erhält Frau Doris Hübner eine Nachricht: „Ihr Mann ist in der DDR verhaftet worden. – Dringender Verdacht: staatsfeindliche Hetze." ...

Aber damit nicht genug. Am 16. 2. erhielt Doris Hübner einen Brief der AEG-Kapitalisten, in dem sie dem Arbeiter Bernd Hübner mit fristloser Kündigung drohen, weil er seit dem 14. 2. unentschuldigt fehle und damit in „grober Weise gegen seine arbeitsvertraglichen Pflichten" verstoße. Diesen Brief hatten die AEG-Kapitalisten nicht etwa geschrieben, weil sie nicht wußten, was mit Bernd Hübner geschehen war, sondern gerade weil sie es wußten! Denn nachdem Doris Hübner ihren Mann Bernd bereits am 14. 2. vorläufig entschuldigt hatte, hatte sie sich am 16. 2. noch einmal an die AEG gewendet und dem Meister ihres Mannes mitgeteilt, daß ihr Mann Bernd in der DDR verschwunden sei. Daraufhin hatten die AEG-Kapitalisten ihre Entlassungsdrohung abgeschickt!

So sieht der Einsatz der westdeutschen Imperialisten für die Menschen, die vom Honecker-Regime verfolgt werden, aus, wenn es sich nicht um einen Biermann, Havemann oder andere „Dissidenten" handelt, sondern um einen Kommunisten, der mit der KPD/ML für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland kämpft. Da ziehen die Kapitalisten im Osten und im Westen Deutschlands am gleichen Strang! Da zeigt sich, daß die großen Worte, die die Herren in Bonn von sich geben, keinen Pfifferling wert sind, daß es allein die Solidarität und der Kampf der Werktätigen sind, die Erfolge erringen können. So wie im Fall von Bernd Hübner. Solange die AEG-Kapitalisten glaubten, sie hätten es alleine mit der Frau des Werkzeugmachers Bernd Hübner zu tun, schlugen sie skrupellos zu. Erst als sie sahen, daß auf Grund der Flugblätter der Partei, die an die AEG-Arbeiter verteilt wurden, die Empörung groß war, die Solidarität wuchs – da steckten sie vorläufig zurück und erklärten, sie wollten erst einmal abwarten... Worauf die AEG-Kapitalisten warten, ist klar. Darauf, daß die Honecker-Faschisten für sie das schmutzige Geschäft erledigen, einen Kommunisten für Jahre hinter Gitter zu bringen. Denn auf nichts anderes läuft der Anklagevorwurf der „staatsfeindlichen Hetze" gegen Bernd hinaus.

„Staatsfeindliche Hetze"?

„Staatsfeindliche Hetze" ist es, wenn man Mauer, den Todesstreifen, die Minengürtel und Selbstschußanlagen, die sich quer durch Deutschland ziehen, ein Verbrechen nennt. Wenn man die Erschießung der 166 Menschen, die in den Stacheldrahtverhauen im Maschinengewehrfeuer der DDR-Grenzer seit 1961 verbluteten, als Mord bezeichnet. Die Bluttaten des Honecker-Regimes beim richtigen Namen zu nennen, ist *„Diskriminierung der Tätigkeit staatlicher Organe ..."* Die Strafe dafür? Bis zu fünf Jahren DDR-Zuchthaus.

„Staatsfeindliche Hetze" ist es, wenn man sich dagegen auflehnt, daß die Honecker-Clique den Osten unserer Heimat systematisch und restlos an die russischen imperiali-

Fortsetzung auf S. 3, Spalte 4



Rund 500 Menschen demonstrierten in Neumünster, dem Heimatort von Bernd Hübner, gegen seine Verhaftung durch das DDR-Regime. Während der Demonstration gaben ca. 300 Menschen ihre Unterschrift für Bernds Freilassung.

Ehemaliger Agent enthüllt

Willy Brandt im Sold des CIA

Noch während der letzten Bundestagswahl höhnte die SPD über die US-Bestechungsgelder, die Strauß von Lockheed gezahlt wurden. Jetzt ist es umgekehrt: Nach einer erneuten Enthüllung der „Washington Post", die bereits den Watergate-Skandal aufgedeckt hat, will die CDU Akteneinsicht über die Tätigkeit Brandts im CIA-Sold. Die Aufregung in der SPD-Zentrale ist groß.

Bundesgeschäftsführer Bahr reiste im Auftrag der SPD nach Washington, um von Carter ein Dementi einzuholen. Natürlich ist es der SPD-Führung peinlich, sich durch die Enthüllung der „Washington Post" plötzlich mit dem Henker des vietnamesischen Volkes, Thieu, mit den israelischen Zionisten, mit dem Erzfeind des palästinensischen Volkes Hussein, mit den griechischen Faschisten und anderen, die allesamt im Dienst des CIA standen und stehen und von ihm ausgehalten werden, in einer Reihe zu sehen.

Dabei sind die Vorwürfe, daß

Fortsetzung auf S. 2, Spalte 3

Streiks zeigen Kampfbereitschaft

ÖTV-Bonzen und Revisionisten wiegeln ab

In allen größeren Städten der Bundesrepublik und in Westberlin gab es in den letzten Wochen Warnstreiks und Protestaktionen der Arbeiter und kleinen Angestellten im öffentlichen Dienst. Manche dieser Aktionen hatten militante Züge. So z. B. in Oberhausen, wo die Arbeiter der Müllabfuhr und der Straßenreinigung mit ihren Fahrzeugen den Verkehr in der Innenstadt blockierten. In einer Reihe von Großstädten legten die Straßenbahn- und Busfahrer und -schaffner vorübergehend den städtischen Nahverkehr lahm. In Dortmund zum Beispiel streikten Hunderte von Kollegen aus den städtischen Kliniken, vor allem auch Schwesternschülerinnen, und zogen vor das Rathaus. Ihr Protest galt nicht allein den Rathausherren und Vertretern des Staatsapparates, sondern auch den ÖTV-Gewerkschaftsbonzen, die es nicht für nötig gehalten haben, für sie eine Erhöhung der Ausbildungsförderung zu verlangen. Zehntausende nahmen an den Streiks und Protestaktionen teil. Es ist offenkundig, daß eine starke Unruhe und Kampfbereitschaft unter den Arbeitern und kleinen Angestellten des öffentlichen Dienstes herrscht. Und die spontane Empörung richtet sich nicht nur gegen den Staatsapparat, nicht nur gegen das 5,2%-„Angebot" Maihofers, das ein Hohn ist. Empörung herrscht ebenso über Kluncker und die Bonzensippschaft des ÖTV-Apparates.

Von vornherein wurden die Forderungen, die aus den Betrieben und Bereichen von den Kollegen selbst kamen und die meist Linearforderungen waren und weit höher lagen als die 8%-Forderung des Gewerkschaftsapparates, niedergebügelt. Das zeigt schon klar genug, was hinter den scheinradikalen Sprüchen der ÖTV-Bonzen wirklich steckt: Verrat am Kampf gegen den geplanten weiteren Abbau der Reallöhne.

Die D„K"P-Revisionisten und „radikale" SPD-Reformisten verbreiten ihre Abwieglerparolen wie: „Mit unserem Warnstreik stärken wir unserer Gewerkschaft den Rükken". Damit tragen sie Verwirrung, Spaltung und Resignation in die Bewegung hinein. Wobei sollen wir denn „unseren" Gewerkschaftsbonzen eigentlich den Rücken stärken? Etwa bei ihrem fadenscheinigen Verhandlungs- und (eventuell) Schlichtungstheater, das nur darüber hinwegtäuschen soll, daß der Lohnraub längst hinter den Kulissen abgekartet ist?

Als Ergänzung zur Wühlarbeit der Revisionisten und Arbeiterverräter, die die Zersetzung der Kampfbereitschaft, die Abwiegelung der Aktionen von innen heraus betreiben, trommeln schon seit Monaten die Massenmedien dieses Staates, hetzen „Bild" und die Lokalpresse, Fernseh- und Rundfunkkommentatoren, um den gerechten Kampf der Arbeiter und kleinen Angestellten im öffentlichen Dienst zu verteufeln. Damit soll gegen die Kollegen Stimmung gemacht und in ihren Reihen Unsicherheit und das Gefühl der Isolierung verbreitet werden.

Sie tun gerade so, als seien Lohnforderungen und Streiks im öffentlichen Dienst eine „Bedrohung" der Interessen der übrigen werktätigen Bevölkerung. Aber sind es vielleicht die „zu hohen" Löhne der Arbeiter und kleinen Angestellten im öffentlichen Dienst, die die Regierung „dazu zwingen", gerade jene Steuern und Abgaben ständig

Fortsetzung auf S. 4, Spalte 3

AUS DEM INHALT

Honecker-Interview – Propagandalügen ... 2
Die Kollegen von Bernd und Doris Hübner sind empört ... 3
Grußadresse des ZK der KPD/ML an die Veranstaltung in Neumünster ... 3
IG DruPa: Kürzung der Streikgelder geplant ... 4
Bettennot und unglaubliche Wartezeiten in den Krankenhäusern ... 5
Ein Arzt berichtet aus seiner Praxis 5
„Steiner – Das Eiserne Kreuz": Ehrenrettung für Hitlers Armee? ... 8
Februar im Bild ... 9
Wahlen zu den Volksräten in Albanien: Aus dem Volk, für das Volk ... 10
Einer von ihnen (Über einen Abgeordneten der albanischen Volksversammlung) ... 10
15. Jahrestag der Reorganisation der KP Brasiliens: Konsequente Verteidigung des Marxismus-Leninismus ... 11

Honecker-Interview

Propagandalügen

Mit einer neuen Schikane hat das sozialfaschistische Honecker-Regime in der DDR in der letzten Woche alle Werktätigen in der Bundesrepublik und Westberlin überrascht, die in der nächsten Zeit ihre Verwandten oder Bekannten in Ostberlin besuchen wollen. Vom 1. März an soll nämlich jeder, der mit dem PKW nach Ostberlin fährt, eine „Straßenbenutzungsgebühr" von zehn Mark bezahlen.

Wie hatte doch der Chef der Ostberliner Revisionisten, Erich Honecker, noch kurz zuvor in seinem Interview mit der „Saarbrücker Zeitung" getönt? „Wir sind für Familienzusammenführung", ließ er sich da vernehmen. Und: „Es stimmt also nicht, daß es auf diesem Teilgebiet ... kaum Verbesserungen gegeben haben soll. Offensichtlich ist das Gegenteil der Fall." Offensichtlich ist allerdings ganz etwas anderes. Offensichtlich ist, daß Erich Honecker ein Lügner ist, für den „Familienzusammenführung" und der Besuchsverkehr zwischen der Bundesrepublik und der DDR lediglich als Devisenquelle interessant sind. Dabei, immer neue Methoden zu finden, wie man die Werktätigen schröpfen und ihnen das Geld aus der Tasche ziehen kann, sind die Ostberliner Revisionisten wahrlich gelehrige Schüler ihrer westlichen kapitalistischen Lehrmeister.

Sie sind allerdings auch in einer schlechten Lage. Schon in seinem Interview mit der „Saarbrücker Zeitung" beklagt sich Honecker über den Devisenmangel der DDR, über das Loch in der Kasse des Regimes. Aber woher kommt denn dieses Loch? Ist das etwa das Ergebnis der angeblich blühenden „sozialistischen Verhältnisse" die Honecker immer wieder beschwört? Dieses Loch hat andere Ursachen. Wäre die DDR wirklich ein sozialistisches Land wie z. B. die Sozialistische Volksrepublik Albanien, dann sähe die Sache anders aus. Die SED-Revisionisten haben nicht nur den Kapitalismus in der DDR wiederhergestellt, sie beuten nicht nur die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen der DDR brutal aus, sondern sie haben ihr Land auch in eine Kolonie der russischen Sozialimperialisten verwandelt und zum Tummelplatz der westlichen kapitalistischen Monopole gemacht. In die Kassen der neuen Zaren im Kreml fließt ein großer Teil des von den Werktätigen der DDR erarbeiteten Reichtums, sei es durch ungleiche Handels- und Wirtschaftsverträge, sei es durch die willkürlichen Erhöhungen der Preise für Erdöl und andere Rohstoffe von seiten der russischen Sozialimperialisten. Und ein anderer Teil fließt in die Kassen der kapitalistischen Monopole, denen die revisionistischen Bonzen bereitwillig Konzessionen über Konzessionen einräumen, damit sie sich in der DDR niederlassen und sich an der Ausbeutung und Ausplünderung der Werktätigen beteiligen, von denen sie für teures Geld Getreide und andere Güter zu kaufen gezwungen sind, weil die kapitalistische Wirtschaft der DDR nicht in der Lage ist, die Bedürfnisse der Werktätigen zu befriedigen. Bei denen sie für hohe Zinsen Anleihen und Kredite aufnehmen, die sie von Jahr zu Jahr höher verschulden lassen. Und nicht anders als bei uns, sollen die Werktätigen die Zeche zahlen. Wobei die modernen Revisionisten in Ostberlin sogar noch so skrupellos sind, auch noch den westdeutschen Werktätigen das Geld aus der Tasche zu ziehen und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in unserer geteilten Nation dazu benutzen, ihre Geldgier zu befriedigen.

Der humane Anstrich, den Honecker dem sozialfaschistischen Regime in der DDR in seinem Interview mit der „Saarbrücker Zeitung" zu geben versucht, ist ein vergeblicher Versuch, von den Tatsachen abzulenken. Glaubt man Honecker, dann ist die Mauer mitten durch Deutschland völlig „normal", sind Schießbefehl, Stacheldraht und die Morde an der Mauer lediglich „ein Risiko", das man nicht „aus dem Auge verlieren" dürfte. Aber in welchem anderen Land gibt es so etwas? Die Mauer in Deutschland, der sozialfaschistische Terror gegen die Werktätigen in der DDR, die Morde sind keineswegs „normal". Und die Werktätigen unseres Landes, im Osten wie im Westen, da mag sich Honecker noch so sehr anstrengen, sie vom Gegenteil zu überzeugen, werden sich damit nicht abfinden. Honecker hat die Kampagne gegen den Schießbefehl von seiten der westdeutschen Imperialisten als „pure Heuchelei" bezeichnet. Sicher, damit hat er Recht. Aber schafft das etwa die Tatsachen aus der Welt? Wie tief muß man eigentlich gesunken sein, um die eigenen Verbrechen mit denen anderer zu „entschuldigen", wie Honecker das tut. „Der einzige Unterschied", verplappert er sich in der „Saarbrücker Zeitung" – und er meint damit den zwischen den Grenztruppen der DDR und dem Bundesgrenzschutz –, „ist der, daß bei ihren bewaffneten Organen die Colts lockerer sitzen." Allerdings, da hat er Recht, besteht da gar „kein so großer Unterschied". Sowohl der Bundesgrenzschutz als auch die Grenztruppen der DDR sind eine Bürgerkriegsarmee der herrschenden Klasse gegen die Werktätigen, um sie zu unterdrücken und ihren Kampf gegen die Bourgeoisie gewaltsam niederzuschlagen.

Honecker möchte mit allen Mitteln erreichen, daß die Werktätigen im Osten und Westen unseres Landes sich nicht mehr als Angehörige einer Nation fühlen. Aber er sollte eigentlich auch wissen, daß dies vergebliche Wünsche sind. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Werktätigen in Ost und West, ihr Wunsch nach einem wiedervereinigten Deutschland, läßt sich nicht so leicht aus der Welt schaffen. Und dieser Wunsch hat nicht das geringste mit den revanchistischen Zielen der westdeutschen Imperialisten zu tun, die von einem wiedervereinigten imperialistischen Deutschland unter ihrer Führung träumen. **Dem Wunsch der Werktätigen in Ost- und Westdeutschland hat unsere Partei in ihrem Programm Ausdruck verliehen mit der Losung „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland", in dem weder die russischen Sozialimperialisten noch die amerikanischen Imperialisten, weder die westdeutsche Monopolbourgeoisie noch die neue ostdeutsche Bourgeoisie den Werktätigen im Nacken sitzt.**

Ehemaliger Agent enthüllt

Willy Brandt im Sold des CIA

Fortsetzung von Seite 1

Brandt im CIA-Sold stand, durchaus nicht neu. Schon 1974 berichtete der bekannte amerikanische Kolumnist Jack Anderson in der „Washington Post", daß das Buch eines ehemaligen CIA-Agenten über die Tätigkeit des CIA „einige große Namen wie Westdeutschlands Kanzler Willy Brandt" enthielt. „Wie viele andere Weltführer", schrieb Anderson, „erhielt er als junger aufstrebender Politiker Geld von dem CIA." Bezahlt wurde er für „sein Ziel, die Sozialdemokratische Partei" zu einer lebensfähigen Alternative zum Kommunismus zu machen."

Die Tatsachen über diese CIA-Tätigkeit Brandts aber wurden bereits im Jahre 1949 entlarvt. Damals ging auf der ersten Parteikonferenz der damals noch revolutionären SED der Delegierte Ernst Hoffmann auf Brandts CIA-Machenschaften ein. Er sagte damals:

„Willy Brandt, um eine kurze Charakteristik dieses Menschen zu geben, ist der Prototyp des trotzkistischen Verschwörers.

1932 gehörte Willy Brandt, der aus der Lübecker SAJ stammt, der Leitung des sozialistischen Jugendverbandes, der Jugendorganisation der SAP, an. Er emigrierte nach Norwegen, versuchte Einfluß in der norwegischen Arbeiterpartei zu bekommen, nahm Kontakt mit Trotzkisten auf, wurde einer der Initiatoren zur Gründung einer neuen Internationale unter der Führung von Fenner Brockway – Großbritannien.

Im März 1937 trat er in Spanien auf und zwar als Berater für die POUM, die trotzkistische Partei in Katalonien. In Worten trat er für die Einheit der Arbeiterklasse ein, hielt Kontakt mit unseren Genossen, aber in der Praxis arbeitete er mit Sedow, dem Sohn von Trotzki, Ninn und Korkin, den trotzkistischen Führern in Spanien zusammen. Er unterstützte die trotzkistische Militärorganisation, insbesondere die Ausländerabteilung derselben, in der u. a. auch der Gestapo-Agent Eugen Scheyer aus Königsberg tätig war. Scheyer leitete eine der Gruppen, die am Aufstand der Trotzkisten in Barcelona teilnahmen (der der spanischen Republik während ihres Kampfes gegen die faschistischen Franco-Truppen in den Rücken fiel), ging später nach Norwegen zurück und leistete dort Spitzeldienste für die Gestapo. (...)

Er war damals bereits eng verbündet mit Frank, genannt Miles – heute Hans Gagen –, der als Organisator des Kreises ‚Neu Beginnen' bekannt ist und der heute noch als Agent der amerikanischen Regierung in New York tätig ist.

1941 – nach dem Überfall auf die Sowjetunion – gehörte Brandt zu den wütenden Gegnern des Partisanenkampfes in Norwegen. Er sah seine Hauptaufgabe darin, das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei zu bekämpfen, das in Nord- und Mittelnorwegen mit Sabotage und Partisanenkämpfen begann. Die Verhaftung und spätere Hinrichtung von elf führenden norwegischen Kommunisten war nur möglich, weil die reaktionären Kräfte in der Arbeiterpartei auch während der Besetzung den Kampf gegen die Kommunisten führten. Brandt, Tranmael usw. schufen auf Weisung der Amerikaner und Engländer eine bürgerliche Leitung der sogenannten ‚National-Bewegung', die auf den Kampf gegen die Okkupanten verzichtete und zu Kompromissen mit Terbowen neigte. Willy Brandt wurde norwegischer Staatsbürger und Leiter des norwegischen Pressebüros in Stockholm und empfing seine Weisungen direkt von der amerikanischen Botschaft. (...)

Der amerikanische Geheimdienst, der mit den Leuten des 20. Juli von Stockholm aus verhandelte, benutzte dabei u. a. Willy Brandt. Nach dem 20. Juli erschien in Stockholm ein angeblich authentisches Buch über die Bewegung des 20. Juli, das von Fritz Tarnow herausgegeben wurde, aber in Wahrheit vor allem von Brandt im Auftrag der Amerikaner geschrieben worden ist.

Bis zum Ende des Krieges hat Brandt dem amerikanischen Geheimdienst eine Reihe von Emigranten als Mitarbeiter zugeführt. Im Mai 1945 ging er nach Oslo und tauchte dann zum Zeitpunkt der Vereinigung von SPD und KPD als norwegischer Presseoffizier in Berlin auf. Hier versuchte er den Eindruck zu erwecken, daß er mit der SED sympathisiere und für die Einheit der Arbeiterklasse ist.

Dieser Mann paßt glänzend zu jenen, die in England für den Intelligence Service gearbeitet haben und heute sozialdemokratische Politik in Hannover machen. "

Das sind und bleiben die Tatsachen – und wenn Brandt noch so laut „Lüge" schreit und sich auf Carter als Zeugen beruft. Zumal das Wort Carters nicht einen Pfifferling wert ist. Welcher Geheimdienst enttarnt schon seine Agenten – solange sie ihm treu bleiben? Und Brandt ist bis auf den heutigen Tag eine glühende Stütze des US-Imperialismus und seiner Vorherrschaft in Westeuropa.

Kurz berichtet

DUISBURG

Nach dem Prozeß gegen den Genossen Ernst Aust hat in Duisburg am Abend des 10. Februar eine Veranstaltung stattgefunden, die von ca. 70 Freunden und Genossen besucht wurde. Wie schon tagsüber beim Prozeß, waren auch abends wieder mehrere Sympathisanten gekommen, die zum erstenmal eine Veranstaltung der Partei besuchten. Darunter waren auch viele Jugendliche, die gemeinsam mit den Genossen aus den umliegenden Städten gekommen waren. Zur Unterstützung des Prozesses wurden am Ende der Veranstaltung 180 DM gesammelt.

MÜNSTER

Vor kurzem hat in Münster eine Veranstaltung der Partei zu den Kämpfen in Brokdorf stattgefunden, zu der ca. 60 Freunde und Genossen gekommen waren. Die Teilnehmer der Veranstaltung verabschiedeten auch eine Protestresolution gegen die Verschleppung und Verhaftung des Genossen Bernd Hübner durch den Staatssicherheitsdienst der DDR.

KONSTANZ

Wie in vielen anderen Städten der Bundesrepublik wurde auch in Konstanz das zentrale Flugblatt der Partei gegen die Verhaftung des Genossen Bernd Hübner breit gesteckt. Dabei gelang es Genossen am nächsten Tag, in drei Häusern sechs Unterschriften zu sammeln und einen „Roten Morgen" zu verkaufen.

KIEL

Auf Tournee in der Bundesrepublik befindet sich zur Zeit eine der bekanntesten Popgruppen der DDR – die Puhdys. Diese Gruppe, die sich, was die Dekadenz ihrer Musik und die Trivialität ihrer Lieder angeht, kaum von ihren westlichen Vorbildern unterscheidet, war vorher in verschiedenen Sendungen des Fernsehens und des Rundfunks groß herausgestellt worden. Die Genossen aus Kiel benutzten die Gelegenheit des Gastspiels der Puhdys, um die Besucher der Veranstaltung durch das zentrale Flugblatt und durch Gespräche über die Verhaftung des Genossen Bernd Hübner durch den Staatssicherheitsdienst der DDR zu informieren. Die Jugendlichen waren sehr empört über diesen Anschlag der sozialfaschistischen Honecker-Clique. Einige von ihnen schlugen vor, daß wir auch innerhalb der Veranstaltung die Diskussion entfachen sollten. Einige Marinesoldaten verlangten sogar zusätzliche Flugblätter von uns, um sie ihren Kameraden mitzubringen. Insgesamt haben die die Kieler Genossen an diesem Abend über 250 Flugblätter verteilt, die von den meisten sofort aufmerksam durchgelesen wurden. Die anwesenden Revisionistenhäuptlinge zogen es angesichts der Stimmung vor, sich still zu verhalten und nur einige von ihnen versuchten ihre Hetze an den Mann zu bringen. Dabei behaupteten sie z. B., daß sich unsere Partei „in die inneren Angelegenheiten der DDR einmischen möchte, um die Entspannung zu stören". Dieses lächerliche Gerede wurde aber von den Genossen entlarvt und fand auch keine Zustimmung.

Einem Teil dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

Offen gesagt ...

Wolfsgeheul

Wie der Herr, so's G'scherr, sagt ein Sprichwort. In der Tat kann man den Entschluß der sogenannten Dissidenten, Carter, den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, zu ihrem Fürsprecher zu machen, nur begrüßen. Zeigt er doch in aller Deutlichkeit, wes Geistes Kind diese Leute sind, die von sich behaupten, im Namen und im Interesse der Werktätigen in den Ländern des Warschauer Paktes gegen den russischen Sozialimperialismus zu kämpfen.

Ausgerechnet Carter, den ersten Sprecher des US-Imperialismus!

Wie heißt es doch in seinem Brief an Sacharow? „Sie dürfen versichert sein, daß das amerikanische Volk und unsere Regierung in unserer Verpflichtung fortfahren werden, die Achtung vor den Menschenrechten nicht nur in unserem eigenen Land, sondern auch im Ausland zu fördern." Zynischer geht es kaum!

Das Elend von Millionen von Werktätigen in den USA, die ohne Arbeit, ohne Wohnung in völliger Armut dahinvegetieren; Rassismus, der selbst unter Kindern schon blutige Opfer fordert; Unterdrückung und Verfolgung des revolutionären Kampfes farbiger und weißer Werktätiger – das ist die Wirklichkeit hinter der Lüge von der „Achtung der Menschenrechte" in Amerika selbst.

Der zügellose, ununterbrochene imperialistische Krieg, den die amerikanischen Imperialisten seit dem Ende des zweiten Weltkrieges gegen die Völker führen, ihre blutigen Verbrechen in Korea, Indochina, Chile, Spanien und in vielen anderen Ländern, die Errichtung ihrer Besatzermacht in Westdeutschland und anderswo unter der verlogenen Parole von „Freiheit und Demokratie", ihre intensiven Vorbereitungen auf einen neuen imperialistischen Krieg – das ist die Wirklichkeit hinter der Lüge von der „Achtung der Menschenrechte" im Ausland.

Wie kann jemand von sich behaupten, ein Gegner des Faschismus zu sein, wenn er diese Faschisten und Kriegsverbrecher zu seinen Freunden und Helfern erklärt? Wie kann jemand behaupten, ein Freund der Arbeiter und der Völker zu sein – wie es die sogenannten Dissidenten ja tun – wenn er gleichzeitig alles tut, um das ramponierte Ansehen dieser Erzfeinde des Sozialismus, dieser Völkermörder wieder aufzumöbeln, wenn er versucht, die Völker vor den Karren ihrer aggressiven, imperialistischen Welteroberungspläne zu spannen?

Denn nichts anderem als dem Kampf der US-Imperialisten um die Vorherrschaft auf der Welt dient die Unterstützung der Dissidenten durch Washington. In diesem Zusammenhang muß man auch die Äußerung Carters auf einer Pressekonferenz sehen, daß er sich „laut und kräftig äußern werde, wann immer Menschenrechte bedroht werden – nicht in jedem Fall, aber wann immer es mir ratsam erscheint."

„Ratsam" aber erscheint es ihm dann, wenn die Menschenrechte nicht im Herrschafts- und Einflußbereich des US-Imperialismus verletzt werden, sondern in dem seines Erzrivalen, des russischen Sozialimperialismus. „Ratsam" erscheint es ihm dann, wenn es sich bei den Betroffenen nicht um proletarische Revolutionäre oder gar Marxisten-Leninisten handelt, sondern um Leute seines Schlages, die den Imperialismus westlicher Prägung dem Imperialismus sozialimperialistischer Prägung vorziehen.

Dann nämlich sehen sie die Möglichkeit, ihren Einfluß im Herrschaftsbereich des russischen Sozialimperialismus auszudehnen. Dann sehen sie auch die Möglichkeit, – indem sie den Haß auf die Verbrechen des Sozialimperialismus ausnutzen und sich selber als unschuldige Engel darstellen –, den Völkern vorzumachen, sie kämpften nicht für die Profite der Wallstreet-Bosse gegen den russischen Sozialimperialismus, sondern im Namen der Gerechtigkeit gegen die Ungerechtigkeit. So gesehen ist die Demagogie eines Carter nichts anderes als die ideologische Begleitmusik zu den fieberhaften militärischen Vorbereitungen der US-Imperialisten auf einen neuen imperialistischen Krieg.

Eine Methode übrigens, wie sie genauso von den russischen Sozialimperialisten angewandt wird, die sich ihrerseits seit neuestem zum Anwalt von „Dissidenten" in Amerika machen und seit langem versuchen, sich vor der internationalen Arbeiterklasse und den Völkern als die Vorhut des gerechten Kampfes gegen den Faschismus westlicher Prägung hinzustellen.

Beide haben dabei nichts als ihre jeweiligen imperialistischen Interessen im Auge. Beide sind grausame Verbrecher, die größten Feinde des Sozialismus und der Freiheit der Völker. Ihnen darf man keine Sekunde vertrauen, gegen sie muß entschlossen und kompromißlos gekämpft werden.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Die Arbeitskollegen von Bernd und Doris Hübner sind empört

Doris Hübner berichtet

Am 21. 2. ging ich zum Unterricht, um meinen Kollegen von dem Verschwinden meines Mannes zu erzählen.

Einige hatten schon die Pressemitteilung im „Holsteinischen Courir" gelesen. Sie reagierten alle mit Mitgefühl sowie mit Empörung über die DDR und das Verhalten der westdeutschen Behörden:

„In der DDR ist das schlimmer als bei den Nazis." – „Wenn er denen von der D„K"P bekannt war, haben sie drüben schon auf ihn gewartet – die arbeiten doch zusammen." – „Wenn das ein CDU-Abgeordneter oder so etwas gewesen wäre, hätten sie hier schon längst etwas gemacht."

Weiterhin erklärten sich meine Kollegen sofort bereit, mich durch ihre Unterschriften zu unterstützen.

Empörung der Kollegen verhindert Bernds Entlassung

Am 21. 2. wurden die ersten Flugblätter verteilt. Zuerst natürlich vor der AEG, wo Bernd seit fünf Jahren als Werkzeugmacher arbeitet und als Kommunist bekannt ist. An drei Toren wurden insgesamt etwa 500 Flugblätter verteilt. Außerdem setzten wir noch Transparente ein und vor dem Werksteil, in dem Bernd gearbeitet hat, benutzten wir ein Megaphon.

Viele Kollegen hatten schon in der Zeitung davon gelesen und holten sich daraufhin unser Flugblatt. Bernds Verschleppung war das Hauptthema an diesem Tag und immer wieder stellten sich Kollegen zusammen, um darüber zu diskutieren.

Fast ausnahmslos waren die Kollegen erschüttert und empört. Viele meinten, daß sie mit Bernds politischer Meinung nicht ganz übereinstimmten, aber bereit seien, sich gegen seine drohende Entlassung und für ihn einzusetzen. **Diese Empörung unter den Kollegen hat wohl wesentlich dazu beigetragen, daß der Betriebsrat an diesem Tag nicht für die geplante Entlassung stimmte, sondern das Arbeitsverhältnis erst einmal aufrechterhalten und „abwarten" will.**

Ein ehemaliger Kollege Bernds hat sich noch am gleichen Tage, als er davon erfuhr, gemeldet und sich bereiterklärt, Plakate zu kleben.





Die Demonstration der Partei für die Freilassung Bernd Hübners fand unter den Werktätigen Neumünsters viel Sympathie. Auf der Abschlußkundgebung wurde unter großem Beifall eine Strohpuppe Honeckers verbrannt. Nicht nur die Arbeitskollegen von Doris und Bernd solidarisierten sich mit dem Kampf der Partei. Auch im Stadtschüler-Komitee, das sich im Kampf gegen Berufsverbote gründete, und im Jugendzentrum wurden Protestresolutionen verabschiedet. In der Schulklasse von Bernds Bruder und in einigen Parallelklassen wurden ebenfalls Protestresolutionen diskutiert.

Grußadresse des ZK der KPD/ML an die Veranstaltung in Neumünster

26. Februar 1977

Liebe Genossin Doris!
Liebe Neumünsteraner Genossen!
Liebe Genossen, Freunde, Kollegen!

Zu der heutigen Veranstaltung, die Ihr für die Freilassung unseres Genossen Bernd organisiert habt, sendet Euch das Zentralkomitee der KPD/ML herzliche Grüße.

Noch haben wir unseren Genossen nicht wieder. Er befindet sich noch in den Händen des faschistischen Staatssicherheitsdienstes. Aber durch Euren energischen Kampf, durch den Kampf der gesamten Partei und vieler Freunde und Kollegen haben wir schon einiges erreicht. Weder den Machthabern in Ostberlin noch denen in Bonn ist es gelungen, die Verschleppung von Genossen Bernd totzuschweigen. Den Versuch, Bernd die Arbeitsstelle zu nehmen, die Festnahme von Genossen, die Flugblätter gegen seine Verhaftung verteilten, die verschiedenen unverschämten Manöver der Bonner Behörden – all das haben wir zurückschlagen können.

Der Druck auf die Bourgeoisie, im Osten wie im Westen, hat sich durch die offensive Propagandaarbeit der Partei verstärkt. Er wird schließlich dazu führen, daß wir Bernd freikämpfen.

Wir möchten aus Anlaß dieser Veranstaltung allen, die sich in den letzten Tagen mit großem Einsatz an dieser Arbeit beteiligt haben, danken. Insbesondere grüßen wir die Genossin Doris, Bernds Ehefrau, die die wichtigen und großen Aufgaben, die ihr im Kampf für Bernds Freilassung zukommen, sehr mutig und tapfer löst.

Liebe Genossen!

Mit dem Herzen sind wir heute bei unserem Genossen Bernd, der irgendwo drüben im Gefängnis des Stasi sitzt, den Schikanen, Drohungen und Erpressungen der Sozialfaschisten ausgesetzt. Wir sind vollkommen sicher, daß Genosse Bernd Hübner diese harte und schwierige Prüfung aufrecht und unbeugsam, als Revolutionär und der Partei würdig bestehen wird. Ihm gilt, auch wenn er uns jetzt nicht hören kann, unser heißer kämpferischer Gruß.

Die Herren drüben haben es bereits zu spüren bekommen und werden es in noch weit größerem Umfang merken: Genosse Bernd steht, mögen sie ihn auch hinter Kerkermauern isoliert haben, nicht allein. Hinter ihm steht seine Partei, die KPD/ML, die eine militante und kämpferische Partei ist, und auf seiner Seite ist die Solidarität der Arbeiterklasse. Das Honecker-Regime darf sicher sein: Wenn es Genossen Bernd nicht freigibt, wird es, weder hier noch drüben, auch nur noch eine einzige ruhige Minute haben!

Wir werden Genossen Bernd Hübner freikämpfen!

Rot Front!
Zentralkomitee der KPD/ML
gez. Ernst Aust





Mit großem Interesse verfolgte die Westberliner Bevölkerung die Demonstration gegen die Verhaftung Bernd Hübners. Bei der Abschlußkundgebung an der Mauer konnte man auch in Ostberlin geöffnete Fenster beobachten. Ein großes Polizeiaufgebot war aufgefahren worden. Warum? Das zeigte sich etwa bei dem SEW-Büro, an dem die Demonstration vorbeiging: Es wurde von vier Mannschaftswagen bewacht.(links)

Unter der Überschrift „Ein Gangsterstück" meldete die sowjetische Nachrichtenagentur „Tass", daß in der Westberliner Niederlassung von Aeroflot vier große Fensterscheiben zertrümmert wurden. Die „Süddeutsche Zeitung" druckte das obenstehende Photo ab und berichtete in einer Bildunterschrift: „Bisher unbekannte Täter zertrümmerten vier große Fensterscheiben, warfen Farbflaschen in die Räume und verstreuten Flugblätter der KPD/ML, auf denen gegen die Inhaftierung des KPD/ML-Mitglieds Bernd Hübner aus Neumünster in Ostberlin protestiert wird." (rechts)

Protestiert bei der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn
Kölnerstr. 18, 53 Bonn/Bad Godesberg, Tel.: 0 22 21 / 37 90 51.

Fordert sofortige Maßnahmen der Bonner Behörden beim:
Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Kölnerstr. 140, Bonn/Bad Godesberg, Tel.: 0 22 21 / 30 61

Kämpft Bernd Hübner aus der Stasi-Haft frei!

Fortsetzung von Seite 1

stischen Besatzer ausverkauft, daß sie den Ausverkauf unserer Heimat an den Kreml sogar in ihrer Verfassung verankert hat. Zu fordern, daß die russischen Besatzer mit ihren Panzerdivisionen und Raketenstützpunkten verschwinden sollen – ist nach dem DDR-Gesetzbuch ein *„Staatsverbrechen gegen Staaten des sozialistischen Weltsystems"*, wobei dieses Weltsystem den Machtbereich des sowjetischen Sozialimperialismus bedeutet.

„Staatsfeindliche Hetze" ist es auch, nur ein Wort gegen die revisionistischen SED-Bonzen vom Schlage Ulbrichts und Honeckers zu sagen oder zu schreiben, die den Kampf für die Einheit der deutschen Nation schamlos verraten haben, um ihre Ausbeuterherrschaft über unsere ostdeutschen Klassenbrüder mit Hilfe der russischen Bajonette aufrechterhalten zu können. Das wäre *„Diskriminierung führender Repräsentanten der DDR"*.

DDR: Faschistische Willkürjustiz

Und wer schließlich dazu aufruft, den Kampf aufzunehmen gegen diese sozialfaschistische Diktatur und die russische Besatzung, wer die Ausbeutung und Unterdrückung in der DDR, Schießbefehl und Mauermord, die Willkür der allgegenwärtigen Stasi-Spitzel, Menschenraub, Folter und Mord in den Gefängnissen nicht länger widerstandslos hinnehmen will, macht sich staatsfeindlichen *„Widerstandes"* schuldig. Wem klar ist, daß der Kampf schwer und opferreich sein wird, daß ihn nicht der einzelne allein, sondern nur eine kommunistische Partei an der Spitze der Massen siegreich führen kann, und deshalb die in tiefster Illegalität in der DDR kämpfende Sektion der KPD/ML unterstützt – dem blühen 10 Jahre Freiheitsstrafe oder Schlimmeres.

Alle diese *„Verbrechen"* hat der junge Arbeiter Bernd Hübner aus Neumünster begangen – allein dadurch, daß er Kommunist ist und hier im Westen mit seiner Partei, der KPD/ML, kämpft. Dabei ist es völlig egal, ob Bernd Hübner in der DDR auch nur ein Wort gesprochen oder geschrieben hat, zur Verurteilung reicht es völlig aus, daß er in die Fänge des Staatssicherheitsdienstes geraten ist. Auch dies verfügt DDR-„Recht".

Dann soll also Genosse Bernd Hübner irgendwann in den nächsten Monaten in einem Geheimprozeß wegen seiner politischen Gesinnung von den DDR-Machthabern abgeurteilt werden – ohne Rechtsanwalt, ohne Kontakt zu seiner Frau und seinen Angehörigen – und vielleicht für Jahre hinter den Zuchthausmauern von Bautzen verschwinden?

Bonns „neue Ostpolitik" – Schwindel und Betrug!

Nach dem Willen der Bundesregierung und der Bonner Behörden offenbar ja. Denn allen Anschein nach rühren Bonn und die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in der DDR keinen Finger, um Bernd Hübner freizubekommen. Tagelang bekam die Ehefrau des verschleppten Arbeiters, Frau Doris Hübner, nur Vertröstungen, leere Versprechen oder sogar zynische Sprüche zu hören. Immer wieder versprach man ihr, sich nach dem Verbleib ihres Mannes bei dem DDR-Außenministerium zu erkundigen, log ihr sogar ins Gesicht, das bereits getan zu haben. Wie Frau Hübner berichtet, gab schließlich ein Beamter in Günter Gaus' Ständiger Vertretung in Ostberlin zu: *„Ja, wissen Sie, wir rufen da nicht so gerne an . . ."*. Unverschämt begründeten die Herren ihre Tatenlosigkeit: *„Wir haben schon mal nach dem Sohn eines Bundestagsabgeordneten geforscht, der angeblich in der DDR verschwunden war. Und dann war der nur bei seiner Geliebten untergetaucht . . ."*

Sollen sie doch uns mit dem Lotterleben ihrer Abgeordneten zufrieden lassen! Genosse Bernd ist nicht „untergetaucht", er ist verhaftet und verschleppt worden. Das läßt sich jetzt nicht mehr totschweigen. Aber Bonn und ihr Vertreter Gaus sehen immer noch keinen Anlaß zu handeln. Man habe so viel zu tun . . . Bis man eine Besuchserlaubnis bei Bernd Hübner erwirken könne, könne es da schon vier Wochen dauern.

Diese Herren, denen die Verschleppung von Bundesbürgern in der DDR – zumindest wenn es sich um einen einfachen Arbeiter handelt – völlig egal ist, versuchen sogar zu verhindern, daß der Fall Bernd Hübners in der Öffentlichkeit bekannt wird. So wurden in Westberlin zwei Flugblattverteiler, die vor der Passierscheinvergabestelle der DDR in Westberlin die Passanten über die Verschleppung Bernd Hübners informierten, deshalb festgenommen, gezwungen, in einen Streifenwagen zu steigen, und auf der Polizeiwache festgehalten.

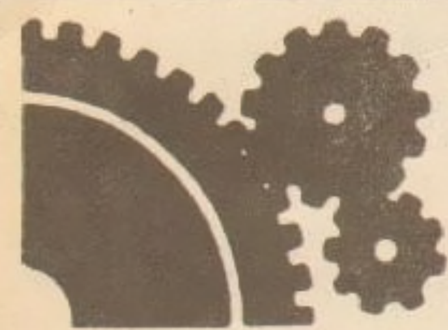
In München, einige Tage zuvor, ließ die Polizei gleich eine Hausdurchsuchung vornehmen, weil der Verdacht bestünde, es seien Plakate geklebt worden, die den Fall Bernd Hübners bekanntmachen. Wahrhaftig, Honecker und Breschnew werden es den westdeutschen Behörden danken, daß diese so ein Entgegenkommen zeigen. Was für ein Hohn ist doch das Gerede der Bundesregierung über ihre „Ostpolitik", die angeblich der Einheit der Nation Rechnung trage, menschliche Erleichterungen schaffe usw. Insgeheim sind sie schon seit langem dabei, genau wie die Herren in Ostberlin, die Einheit Deutschlands mit Füßen zu treten, und um des guten Einvernehmens mit ihren Osthandelspartnern selbst zu den ungeheuerlichsten Verbrechen des Honecker-Regimes zu schweigen und sich auf lahme papierne Proteste zu beschränken. Ja, man versetzt denen, die von Ostberlin verfolgt werden, noch zusätzliche Schläge.

Freiheit für Bernd Hübner!

Bernd Hübners Frau Doris sagte kürzlich bei einer Protestkundgebung vor der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn: *„Wir sind nicht so dumm zu glauben, daß wir meinen Mann durch Bitten und Betteln wiederbekommen – weder hier noch in der DDR. Wenn wir auf die Behörden vertrauen, dann werden sie mich noch lange im Ungewissen lassen. Für uns gibt es nur einen Weg: Wir müssen um die Freilassung von Bernd kämpfen!"* Das ist auch der Weg, den wir gehen werden. Ein Herr Honecker, der sich gerade in der „Saarbrücker Zeitung" mit seinem arroganten Gefasel von der „Verwirklichung des Geistes von Helsinki", „Entspannungsbereitschaft" usw. verbreitete, soll doch nicht glauben, nur weil die Bundesregierung nichts tut, könne sein Regime mit Bernd Hübner verfahren, wie es will. Denn es gibt doch die Kraft der Arbeiterklasse, der Werktätigen und der kommunistischen Partei, die er einst verraten hat. Und diese Kraft wird er noch zu spüren bekommen!

Spendet
zur Unterstützung des Aufbaus der
KPD/ML, SEKTION DDR
Spendenkonto: Vorstand der KPD/ML
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr.: 321 004-547 und
KPD/ML-Spendenkonto
PschKto. 6 420-467, PschA Dtm.
Stichwort: KPD/ML Sektion DDR

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Umschulungsmisere

Liebe Genossen!

Ich möchte Euch von meiner Umschulung zum Maschinenschlosser durch das Arbeitsamt berichten. In meiner Klasse sind nicht nur die verschiedensten Berufe, sondern auch die verschiedensten Altersstufen, von 20-49. Wir werden jedoch auf der Maschinenbauschule in Ansbach alle gleich behandelt. Früh um 8 Uhr müssen wir in gerader Haltung an den Arbeitstischen stehen und warten, bis der Meister „Guten Morgen" sagt. Im Chor schallt es dann wieder zurück.

Weil nach Meinung des Direktors (CSU-Gauleiter) die Schüler schon vor Arbeitsschluß die Hände waschen, gibt es in der ganzen Schule keine Seife. Außerdem herrscht Rauchverbot und eine Toilette wurde abgesperrt, weil dort geraucht wurde. Nur die Meister haben einen Schlüssel für die Toilette.

Im ersten Umschulungsjahr bin ich von meinen Kollegen zum Klassensprecher gewählt worden. Ein Boykott gegen den Kauf von hundsmiserablen heißen Würstchen wurde vom Direktor zum Politikum hochgespielt (die Schule wäre damit als schlecht hingestellt, außerdem fühlte sich der Hausmeister, der das Kantinengeschäft betrieb, und sich damit schon einen Wohnwagen finanziert hat, in seiner Existenz bedroht). Ähnliche Probleme gab es häufig (so beschwerten wir uns beim Gesundheitsamt oder ein andermal bei der Regierung, weil wir vom Direktor als Arschlöcher tituliert wurden).

Beschwerden beim Arbeitsamt brachten nie etwas. Da hieß es: Ja, das kennen wir, da können wir nichts machen, man müsse sich daran gewöhnen, der Direktor sei halt so. Von der Regierung hörten wir nichts, nur das Gesundheitsamt kam, um neuangebrachte Schmierseifenhalter und die wiedergeöffnete Toilette zu besichtigen.

Nach den großen Ferien, als ich am ersten Schultag kam, hieß es: Was wollen Sie denn hier, Sie sind doch nicht mehr in der Maßnahme. Drei Tage lang arbeitete ich nicht, sondern rannte zwischen Direktor und Arbeitsamt hin und her, einmal um die Gründe zu erfahren, zum anderen natürlich, um wieder „in die Maßnahme aufgenommen zu werden".

Zuerst hieß es vom Arbeitsamt immer nur: „aufgrund Ihres Verhaltens". Mein Notendurchschnitt war 2,3. Es waren auch keinerlei Bedenken da, daß ich das Klassenziel erreichen würde. Schließlich wurde der Direktor deutlich: Ich hätte meine Situation als Klassensprecher ausgenutzt, hätte die Gemeinschaft zwischen Lehrern, Direktor und Schülern zu zerstören versucht, solche Schüler wolle er nicht an seiner Schule haben, ich sei ein professioneller Zersetzer usw.

Schließlich wurde ich doch wieder eingestellt, da ich einen Wisch unterschrieb, nachdem ich mich verpflichtete, „ein Vorbild für die Schüler zu sein" und „konstruktiv am Unterricht mitarbeiten" soll. Als Folge davon wird wöchentlich kontrolliert, ob ich technische Zeichnungen, Arbeits- und Wochenbericht pünktlich abliefere. Die Meister und „Lehrer" sind dabei recht geübt: Sie waren alle entweder in der Wehrmacht oder in der Bundeswehr Offiziere und brüsten sich auch damit.

Drei Monate dauerte es, bis ich wieder Geld bekam vom Arbeitsamt. Genossen und meine Freundin halfen mir die lange Zeit aus.

Dies war ein kleiner Einblick in eine Umschulungsstätte des Arbeitsamtes in Ansbach.

Ein Genosse aus Nürnberg.

Brutale Ausbeutung von Friseurlehrlingen

Ich bin ein Friseurlehrling im Raume Minden. Weil in unserem Betrieb die Ausbeutung der Lehrlinge besonders extrem ist, will ich sie auch den Lesern des „Roten Morgen" bekannt machen.

Oft putzt der Chef uns vor der Kundschaft unglaublich herunter, natürlich grundlos, besonders wenn er schlechte Laune hat. „Leg mal einen Schritt zu, seid nicht so faul! Es müssen ganz andere Sitten aufgezogen werden. Die Jugend heutzutage braucht Druck! Die Prügelstrafe muß wieder eingeführt werden! Zu Hitlers Zeiten war das noch ganz anders." So schreit er dann herum. Dabei sind wir oft abends total kaputt und werden ausgebeutet bis aufs Letzte. Wenn wir einmal krank sind, werden uns die Krankheitstage – trotz ärztlichem Attest! – als „Urlaubs"-tage angerechnet. Außerdem droht er uns ständig mit der Kündigung.

Unsere Arbeitszeiten entsprechen auch nicht dem Jugendarbeitsschutzgesetz: Arbeitsbeginn ist 7.30 Uhr (vorgeschrieben 8 Uhr) und samstags bis 15 Uhr (vorgeschrieben 14 Uhr). Hinzu kommt noch, daß wir nie pünktlich Schluß haben und oft Frühstück und Kaffeepause wegfällt. Und das alles für 195 DM im 2. Lehrjahr! Was dann noch übrigbleibt, wenn man das Busgeld, besonders für Berufsschule und überbetriebliche Schulung, abrechnet, könnt ihr euch vorstellen. Seine Einheit mit „unserem" faschistischen Polizeiapparat zeigte er auch sehr deutlich: Auf unserer Weihnachtsfeier gebrauchten wir, wie jeder normale Mensch, das Wort „Bullen". Da brauste er auf: „So ein Wort nimmt man doch nicht in den Mund! Meine Kinder dürfen so ein Wort nicht mal denken, sonst passiert etwas Unermeßliches!"

Leider gelingt es ihm, in so einem kleinen Betrieb die Lehrlinge einzuschüchtern. Doch ich werde nicht aufhören, mit den anderen Lehrlingen über diese kapitalistische Ausbeutung zu sprechen und was dagegen zu tun und werde ihnen klarmachen, daß die Ausbeutung erst im Sozialismus ein Ende hat.

Rot Front!

Eine Genossin aus Minden.

Angestellte wehren sich gegen Rationalisierung

Auch für die Angestellten bei Klöckner in Bremen wächst die Sorge um den Arbeitsplatz. Im April soll ein Großraumbüro bezogen werden, was eine enorme Rationalisierung darstellt. Da man ein zentrales Schreibzimmer usw. einrichten will, ist die Gefahr von Entlassungen bei den Angestellten sehr groß. Die größte Frechheit der Klöckner-Kapitalisten ist jedoch, daß wir selbst den Kapitalisten bei ihren Rationalisierungsmaßnahmen noch hilfreich unter die Arme greifen sollen.

Vor ein paar Tagen kam nun der Gruppenleiter unserer Abteilung zu uns und sagte, wir sollen aufschreiben, wie lange wir für welche Arbeiten benötigen – so eine Art Arbeitsplatzbeschreibung machen. Auf unsere Frage, was das soll, antwortete er: „Das braucht die Datenverarbeitung."

Ein Kollege teilte nun seine Arbeiten in Prozente auf, so daß als Ergebnis 100% herauskam. Als er das nun vorzeigte, sagte der Gruppenleiter: „So ist das nicht gemeint, Sie können doch wohl nicht schreiben, daß sie acht Stunden am Tag voll arbeiten. Vor drei Jahren wurden viel mehr Tonnen gefahren, da gab es viel mehr zu tun. Sie müssen auch aufschreiben, wieviel Pause sie zwischendurch haben (Zeitungslesen usw.), also können sie höchstens ihre Arbeiten in 80% einteilen."

Wir waren empört. Die Kollegen erkannten sofort, daß sie eventuell selber ihre eigene Entlassung vorbereiten sollten. Ich verteidigte, daß die Kollegen 100% aufgeschrieben haben. Obwohl der Gruppenleiter immer wieder mit hochrotem Kopf dazwischenschrie, ich solle nicht „politisch" werden, erklärte ich den Kollegen die Ursache der Krise und wie man dagegen kämpfen muß. Das Ergebnis war, daß einige Kollegen mit mir zusammen die Arbeiten aufteilten und zwar in 100%.

Rot Front!

Eine Genossin aus Bremen/Klöckner.

ÖTV-Bonzen und Revisionisten wiegeln ab

Fortsetzung von Seite 1

zu erhöhen, die „den kleinen Mann" treffen, andererseits jedoch den Kapitalisten gleichzeitig Milliarden durch Steuergeschenke, Subventionen und Prämien in den Rachen zu stopfen?! Werden die brutalen und volksfeindlichen „Sparmaßnahmen" im Gesundheitswesen und in anderen Bereichen der sozialen Versorgung (z. B. Renten) etwa durch „raffgierige" Müllarbeiter, Krankenschwestern und Straßenbahnschaffner provoziert? Wer kassiert in diesem Staat denn Gehälter, die das Mehrfache eines Arbeiterlohns betragen? Wer erhöht sich denn die Parlamentarier-Diäten, daß man seinen Ohren nicht zu trauen glaubt? Wer rafft denn Millionen und lebt in Reichtum und Luxus? Es sind doch genau die, die gegen den Lohnkampf der Werktätigen hetzen und die z. B. auch dafür sorgen, daß in den Zeitungen so unverschämte Lügen stehen, wie z. B., die Arbeiter und kleinen Angestellten des öffentlichen Dienstes stünden an der Spitze der Lohnskala.

Was verdienen denn eine Krankenschwester, ein Müllarbeiter, eine Putzfrau oder ein kleiner Angestellter im öffentlichen Dienst? Der Großteil von ihnen erhält weniger als die Kollegen in anderen Branchen durchschnittlich verdienen. Und gerade die Arbeiter bei der Müllabfuhr, bei der Straßenreinigung, im Verkehrswesen, die vielen Putzfrauen oder z. B. auch das Pflegepersonal in den städtischen Krankenhäusern müssen meist eine enorme Leistung bringen und oft ist ihre Arbeit schmutzig und gesundheitsschädlich. Sollen sie, deren Lohn sowieso nicht einmal ausreicht, um den Lebensunterhalt einer Familie zu bestreiten, jetzt etwa den Gürtel freiwillig enger schnallen? Warum denn? Damit Bonn noch mehr Milliarden für die Bereicherung von Millionären, für die Verstärkung und Aufrüstung ihrer Bürgerkriegstruppen (Polizei und Bundesgrenzschutz) und für den aggressiven Militärapparat der westdeutschen Imperialisten verpulvern kann?!

Eines stimmt: Im Sold dieses Bonner Staates stehen eine Menge Leute, höhere Beamte und Bürokraten, die z. B. horrende Einkommen haben und keine andere Bezeichnung verdienen als Schmarotzer oder Parasiten. Und die Polizisten, Verfassungsschützer, Richter und all die Schergen der Bourgeoisie, die wir mit unseren Steuergeldern bezahlen müssen, sind doch nichts anderes als üble Volksfeinde. Mit der Arbeiterklasse haben sie nichts gemein und wir denken natürlich nicht einmal im Traum daran, zu fordern, daß dieses Pack auch noch besser bezahlt wird.

Ein Teil der Mitgliedschaft der ÖTV-Gewerkschaft ist aus solchen Feinden der Arbeiter und des werktätigen Volkes zusammengesetzt. Auch wenn die Mehrheit der Mitglieder Arbeiter und kleine Angestellte sind, so läuft doch die unversöhnliche Klassenschranke mitten durch diese Gewerkschaft. Schon aus diesem Grund kann die ÖTV keineswegs unsere Waffe im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung sein. Es ist illusionär, von dieser Gewerkschaft zu erwarten, daß sie die Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten verteidigt und den Kampf gegen das Kapital und den Bonner Ausbeuterstaat organisiert. Sie ist eine Stütze der Bourgeoisie bei der Unterdrückung der Werktätigen im öffentlichen Dienst. Nicht zuletzt um dies zu vertuschen, spielt sich Kluncker so gerne als „radikaler Gegner der Arbeitgeber" auf. Und wenn Kluncker und Co. jetzt großen Wind über den reaktionären Charakter der DAG-Tarifgemeinschaft machen, so nicht zuletzt auch deshalb, um von der eigenen reaktionären Rolle abzulenken.

Die Fronten verlaufen also so: Auf der Gegenseite steht das Kapital, der Staat, stehen diejenigen Mitglieder der ÖTV, die als Büttel dieses kapitalistischen Staates an der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter und werktätigen Massen beteiligt sind. Und auf dieser feindlichen Seite steht auch die ÖTV-Bürokratie als Teil des reaktionären DGB-Apparates. In unserem eigenen Lager dagegen stehen die Arbeiter und kleinen Angestellten, die Auszubildenden in den Sozialberufen usw., egal ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht.

Jetzt, wo der Kampf sich zuspitzt, hetzt die Bourgeoisie wieder in der altbekannten Art: „Streiks im öffentlichen Dienst schädigen den kleinen Mann auf der Straße, er hat zu leiden, wenn die Straßenbahn nicht fährt und der Müll liegenbleibt ..." Na und?! Soll der Müll liegen bleiben! Die Arbeiter, die die Ausbeuter und ihren Staatsapparat hassen, lassen sich doch dadurch nicht in ihrer Klassensolidarität beirren! Der Kampf der Kollegen im öffentlichen Dienst ist im Interesse aller vom Kapital und seinem Staat Ausgebeuteten und Unterdrückten. Eine Streikbewegung gegen die Maihofer und Kluncker, gegen den Lohnraub im öffentlichen Dienst, stärkt die ganze Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen Lohnraub, Teuerung, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Ein solcher selbständiger Kampf, der die Abwiegelungsmanöver des ÖTV-Apparates durchbricht, würde die begeisterte Solidarität und Unterstützung breiter Teile des werktätigen Volkes finden. Das ist ganz sicher.

IG DruPa

Kürzung des Streikgelds geplant

Der folgende Bericht, den wir etwas gekürzt und überarbeitet haben, erreichte uns von Genossen aus München. Allem Anschein nach wollen die Bonzen der IG Druck und Papier die Mitglieder ihrer Gewerkschaft noch stärker ausplündern als bisher. Es ist ja schon länger bekannt, daß sie einen 13. Monatsbeitrag für das vergangene Jahr erheben und zwar mit der verlogenen Begründung, die Streikkasse sei leer. Allerdings sind sie bei der Kassierung des Sonderbeitrages auf erbitterten Widerstand gestoßen. 40 Prozent der Mitglieder haben sich bisher geweigert zu zahlen. Von einem Betrieb wissen wir, daß 150 Kollegen aus Protest gegen den Sonderbeitrag geschlossen aus der IG DruPa austreten wollen.

Jetzt wollen Mahlein und Konsorten schon wieder einen neuen Angriff starten: Sie wollen die sogenannten „Leistungen" kürzen bzw. teilweise ganz streichen. So soll die Arbeitslosenunterstützung, für die man einen gesonderten Beitrag abführen muß, gekürzt werden. Die Invalidenunterstützung und das Treuegeld sollen ganz gestrichen werden. Und das Schärfste: das Streikgeld soll gekürzt werden, und zwar gleich um 25 Prozent!

Alle diese Maßnahmen sollen auf dem Gewerkschaftstag, der noch in diesem Jahr durchgeführt wird, beschlossen werden. Man höre sich die unverfrorene Begründung für diesen Angriff auf die Mitglieder an: Die Gewerkschaft sei keine Versicherung, sondern eine Kampforganisation. Das ist doch der Gipfel! Die gleichen Bonzen, die uns jetzt so kommen, waren es doch, die im letzten Jahr unseren Streik aufs übelste sabotiert und uns den 6-Prozent-Schandabschluß aufgezwungen haben.

In Wahrheit dienen diese Streichungen genau dazu, den arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsapparat noch mehr als Instrument der Sabotage und Spaltung an unseren Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung auszubauen und gleichzeitig seine Rolle als Kapitalist zu erweitern, indem er auf Kosten der Mitglieder sein Kapital vergrößert.

Gerade die Tatsache, daß der DGB-Apparat selbst Kapitalist ist, daß er Besitzer eines der größten Konzerne der Bundesrepublik ist und daß Vetter, Loderer, Kluncker, Mahlein usw. zudem noch in den Aufsichtsräten und Vorständen aller möglichen anderen Konzerne sitzen, zeigt, daß jeder Pfennig, den sie aus uns herausholen, nicht etwa unseren Interessen, sondern nur zu unserer Unterdrückung und Ausbeutung dient. Es ist deshalb sehr gut, daß Beitragserhöhungen immer häufiger von den Kollegen mit Zahlungsboykott beantwortet werden und daß Kollegen zunehmend durch Massenaustritte zeigen, was sie vom DGB-Apparat halten. Wir müssen diese Aktionen der Kollegen unterstützen und dabei den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition vorantreiben.



Die IG DruPa-Bonzen haben den entschlossenen Kampf der Druckereiarbeiter vom letzten Jahr verraten. Aus Angst vor der gestiegenen Kampfkraft der Kollegen planen sie jetzt neue Angriffe gegen die Druckereiarbeiter.

Krankenhäuser

Bettennot und unglaubliche Wartezeiten

In den kommenden Jahren werden voraussichtlich 800 Krankenhäuser den Sparmaßnahmen der Bonner Regierung im Gesundheitswesen zum Opfer fallen und ihre Pforten schließen. Unter anderem bedeutet das, daß die Wartezeiten für einen Platz im Krankenhaus noch größer werden, daß die Verweildauer noch mehr gekürzt werden muß, daß die Mißstände, die schon schlimm genug sind, sich noch erheblich verschärfen werden. Dem nicht genug, soll gleichzeitig in den übriggebliebenen Krankenhäusern auch noch die Zahl der Ärzte und des Pflegepersonals verkleinert werden. Sogenannte „Experten" erstellten im Auftrag der gesetzlichen Krankenkassen eine „Studie" über die Verhältnisse in den bundesdeutschen Kliniken, in der sie, unglaublich aber wahr, zu dem „Ergebnis" kommen, der Arbeitsaufwand der Ärzte und des Pflegepersonals würde bei der Festsetzung der Richtwerte zu hoch angesetzt; z. B. betrage z. Z. der durchschnittliche tägliche Zeitaufwand an ärztlicher Betreuung pro Patient 24 bis 29 Minuten; es seien aber im Durchschnitt für einen Krankenhauspatienten schon zwölf Minuten ausreichend.

Jedem, der die Situation in den bundesdeutschen Krankenhäusern auch nur einigermaßen kennt, ist klar, daß schon unter den jetzigen Verhältnissen Ärzte und Pflegepersonal stark überlastet sind und daß von einer ausreichenden ärztlichen Betreuung und Versorgung der einfachen Kassenpatienten nicht die Rede sein kann (anders sieht es natürlich auf den Privatstationen aus). Die geplanten und bereits wirksamen „Sparmaßnahmen" sind angesichts dessen ein verbrecherischer Angriff auf Gesundheit und Leben der werktätigen Bevölkerung.

Von diesem Angriff ist auch nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausplätzen und die Betreuung in den Krankenhäusern betroffen. Ein Beispiel dafür ist die sogenannte „Plafondierung" der Arzneimittelausgaben im Rahmen des neuen „Krankenversicherungs - Kostendämpfungs - Gesetzes". Die Folge dieser „Plafondierung" wird sein, daß sich die Ärzte scheuen werden, pflichtversicherten Patienten bestimmte notwendige Medikamente zu verschreiben, wenn sie besonders teuer sind, weil das negative Auswirkungen auf ihr eigenes Einkommen haben kann.

Natürlich werden durch dieses „Spar"-Programm weder die sagenhaften Profite der Arzneimittelindustrie angetastet, noch wird es die hohen, zum Teil schon fast astronomischen Einkommen der Ärzte schmälern.

Denn die Aufgabe des Bonner Staates und der Bundesregierung besteht genau darin, durch immer hemmungslosere Ausplünderung der werktätigen Massen der Bourgeoisie hohe Profite zu sichern. Was interessiert die Vertreter eines solchen Ausbeuterstaates, ob Menschen aus dem werktätigen Volk sterben, obwohl sie ohne weiteres geheilt werden können, wenn die entsprechenden Mittel und Möglichkeiten bereitgestellt würden?

Ein Arzt-Genosse hat uns einen Bericht zugeschickt, der in knapper Form einige Begebenheiten und Erfahrungen aus seiner Praxis schildert. Anhand dieses Berichts kann man sich eine konkretere Vorstellung davon machen, wie in diesem kapitalistischen Gesundheitswesen heute mit kranken Menschen aus der arbeitenden Bevölkerung umgesprungen wird und welche konkreten Auswirkungen die „Sparprogramme" der Regierung in Zukunft noch haben werden.

Ein Arzt berichtet aus seiner Praxis

Bettennot

Trotz des Protestes und Widerstands der Werktätigen ist hier in der Stadt, in der ich arbeite, vor kurzem ein großes Krankenhaus geschlossen worden. Ende dieses Jahres soll eine weitere Klinik geschlossen werden. Es werden dann 400 bis 500 Betten weniger als zuvor vorhanden sein. Wie schlimm die Situation schon heute ist, habe ich erst bei meinem letzten Notdienst wieder erlebt. Als ich eine schwerstkranke Herzpatientin einweisen wollte und im Krankenhaus anrief, teilte mir die aufgeregte Stationsärztin mit, daß sie bereits acht schwere Notaufnahmefälle auf dem Flur liegen habe. Sie wüßte beim besten Willen nicht mehr, wohin sie noch jemand stecken sollte. Auch die Feuerwehrleute, die den Krankentransport hier in unserer Stadt durchführen, waren sehr empört über die Bettennot. Sie berichteten mir, daß sie wie der Hausierer mit ihren Patienten von Krankenhaus zu Krankenhaus fahren müssen, nicht nur innerhalb unserer Stadt, sondern in der ganzen Umgebung und immer wieder bekommen sie zu hören: „Keine Betten frei".

Verheerende Engpässe gibt es nicht nur bei Notaufnahmen, sondern auch bei anderen Fällen, vor allem bei komplizierteren. Z. B. ist eine Herzpatientin bei uns in Behandlung, die wegen eines Herzfehlers zur Spezialuntersuchung in eine Universitätsklinik überwiesen werden mußte. Daher hatten wir erstmals im April 1976 bei verschiedenen Herzkliniken in Essen, Münster und Düsseldorf angefragt. Es stellte sich heraus, daß wir eine Wartezeit von fast einem Jahr in Kauf nehmen sollten. Man muß sich das einmal vorstellen: nur zur Untersuchung! Durch heftigen Protest ist es uns schließlich gelungen, einen um einige Monate vorgezogenen Termin zu bekommen. In dem Bericht der Universitätsklinik hieß es dann lediglich, es läge bei der Patientin zwar ein schwerer Herzfehler vor, jedoch könne man vorerst nichts Besonderes unternehmen, man müsse abwarten, bis es schlechter würde! Normalerweise aber müssen Herzfehler operiert werden, solange es dem Patienten noch einigermaßen gut geht, nicht erst, wenn die Krankheit schon weit fortgeschritten ist. Inzwischen hat sich der Zustand der Patientin erheblich verschlechtert. Sie braucht jetzt fast jeden Tag eine Herzspritze, um überhaupt noch Luft zu bekommen! Wieder haben wir um einen eiligen Termin in der Uni-Klinik Essen gebeten. Ergebnis: Der nächste Untersuchungstermin ist November 1977! Ob dann operiert wird, ist auch noch nicht gesagt, und selbst wenn, kann es wieder einige Monate Wartezeit kosten.

Besonders auf dem Gebiet der Herzchirurgie herrscht in der Bundesrepublik ein eklatanter Notstand. Von den ca. 25 000 im Jahr notwendigen Operationen werden nur 5 000 durchgeführt. **Wegen der langen Wartezeiten stirbt ein fester Prozentsatz der Patienten, die auf der Warteliste stehen und von verschiedenen Kliniken wird dies im Terminplan schon einkalkuliert!** Privatpatienten werden natürlich in jedem Fall vorgezogen. Sie haben notfalls auch die Möglichkeiten, sich im Ausland operieren zu lassen.

Aber nicht nur bei großen und komplizierten Operationen gibt es diese Zustände. Beispielsweise wurde einem alten Mann, der an der Prostata operiert werden mußte, gesagt, wenn er sich privat operieren ließe, käme er sofort dran, ansonsten müßte er mindestens drei bis vier Monate warten.

Oberflächliche Behandlung

Jeden Tag erleben wir die Folgen oberflächlicher Behandlung in den Krankenhäusern. Vor einigen Wochen haben wir z. B. eine Patientin in ein Krankenhaus eingewiesen, die wahrscheinlich eine chronische Blinddarmentzündung hat. Sie wurde jedoch nicht operiert, sondern mit der Diagnose entlassen: „Adnexitis" (d. h. Entzündung von Eierstöcken und Eileiter). Das Makabre daran ist, daß diese Patientin überhaupt keine Eierstöcke und keinen Eileiter mehr hatte, weil dieselben schon vor einiger Zeit herausoperiert wurden. Die Beschwerden hörten, wie zu erwarten, nicht auf, und wir schickten die Patientin in das zweite große Krankenhaus dieser Stadt. Wieder mit der Verdachtsdiagnose „chronische Blinddarmentzündung, evtl. Operation erforderlich". Wieder wurde sie ohne Operation nach Hause geschickt. Diesmal mit der Diagnose: „Laxantienabusus" (d. h. Mißbrauch von Abführmitteln). Sie hat jedoch nie solche Laxantien (abführende Mittel) eingenommen, die diese Beschwerden verursachen könnten.

Erfahrungen beim Notdienst

Der Notdienst geht von Samstag morgens bis Montag morgens. Da man sowohl die Woche vorher als auch nachher normalen Praxisdienst zu verrichten hat, ebenfalls mit gelegentlichen Nachtbesuchen, kann man sich vorstellen, daß ein einzelner dadurch völlig überfordert wird. Der Stadtkern ist dabei in sechs Bezirke aufgeteilt, so daß ein Notarzt für ca. 40 000 Menschen zuständig ist. Da kein Fahrzeug zur Verfügung steht — das eigene kann man nicht nehmen, weil man ein Funkgerät braucht, um immer erreichbar zu sein — ist man auf ein Taxiunternehmen angewiesen. Dabei muß man meist eine Viertelstunde, manchmal sogar eine halbe Stunde warten, bis überhaupt ein Taxi kommt, um einen abzuholen. Beim letzten Notdienst passierte es mir, daß ich eine halbe Stunde warten mußte, weil das gerufene Taxi unterwegs von der Polizei angehalten wurde: es soll bei Gelb über die Ampel gefahren sein. Trotz der Beteuerungen des Taxifahrers, daß er den Notarzt abholen müsse, reagierten die Polizisten nur mit zynischen Bemerkungen. Dabei hätten sie die Behauptung doch leicht über Funk nachprüfen können.

Natürlich kann von einer Ausrüstung des Notarztwagens mit Wiederbelebungsgeräten usw. keine Rede sein.

Manchmal müssen Patienten bei diesem sogenannten Notdienst bis zu drei Stunden warten, weil so viele Besuche auf einmal anfallen. Dabei kann man meist durch das Telephon nicht entscheiden, welcher Fall der eiligste ist.

Folgendes sei hier noch erwähnt: Beim letzten Notdienst wurde ich zu einem Patienten gerufen, der stärkste Kopfschmerzen, Schwindel und Erbrechen hatte und beim Aufstehen immer sofort umkippte. Er war am Morgen desselben Tages nach 8tägigem Aufenthalt aus dem Krankenhaus entlassen worden, weil Bettenmangel herrschte. Er war zusammengeschlagen worden und man hatte ihn auf Gehirnerschütterung behandelt. Ich mußte ihn mit der Verdachtsdiagnose einer inneren Gehirnblutung in das nächste Krankenhaus einweisen. Kommentar überflüssig!

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Die Schließung des Knappschaftskrankenhauses bedeutet eine gewaltige Verschlechterung für die Werktätigen

In den nächsten Monaten wird das Knappschaftskrankenhaus Gelsenkirchen endgültig geschlossen. Die Innere Abteilung und die Chirurgische Abteilung sind bereits aufgelöst, die Orthopädie und die Urologie sollen im April/Mai zugemacht werden. Zwar wird jetzt allerorts viel getönt vom neuen Marienhospital mit seinen 600 Betten. **Nichts aber kann über die Tatsache hinwegtäuschen, daß den Patienten in Gelsenkirchen jetzt 400 Betten weniger zur Verfügung stehen!**

100 Betten fehlen vom Rotthäuser Krankenhaus, 450 Betten vom Knappschaftskrankenhaus und weitere 450 Betten vom alten Marienhospital. Das neue Marienhospital wird aber nur 600 Betten haben.

Für Gelsenkirchen bringt das eine gewaltige Verschlechterung der medizinischen Versorgung. Schon jetzt gab es in allen Gelsenkirchner Krankenhäusern Wartelisten für die Patienten. Viele Patienten, z. B. ältere mit einem Schlaganfall, wurden vielfach überhaupt nicht mehr aufgenommen, sie wurden als Pflegefall einfach abgeschoben. Bei Notaufnahmen kam es bereits jetzt zu entsetzlichen Engpässen. So mußten akut erkrankte Patienten oft zunächst in provisorischen Kammern, Baderäumen etc. versorgt werden. Auch bekamen Patienten kein Bett auf einem Zimmer, sondern mußten auf dem Flur liegen. Man kann sich vorstellen, wie das aussehen wird, wenn jetzt noch 400 Betten weniger in Gelsenkirchen zur Verfügung stehen!

Die Öffentlichkeit wird systematisch betrogen

Über diese Tatsachen erfährt man in den bürgerlichen Zeitungen nichts. Stattdessen wird immer wieder die Lüge aufgetischt, in Gelsenkirchen gäbe es zu viele Krankenhausbetten. Sicherlich, die Herrschaften, die sowas verbreiten, sind nicht darauf angewiesen, auf einer Allgemeinstation untergebracht zu werden; für sie stehen nach wie vor Privatbetten mit besonderer chefärztlicher Betreuung zur Verfügung. Für die Arbeiter aber, die Werktätigen, vor allem die Alten mit einer schweren chronischen Erkrankung, wird es immer schwieriger werden, ein Krankenhausbett zu bekommen.

Mit allen Mitteln versucht dieser Staat im Interesse der Kapitalisten — wie bei der Rentenversicherung, wie in allen sozialen Bereichen, so auch bei der Krankenversorgung — auf Kosten der Werktätigen immer mehr Geld „einzusparen". Während den Kapitalisten Milliarden sogenannter Investitionszulagen in den Rachen geschmissen werden, womit sie immer mehr Arbeitsplätze wegrationalisieren und ihre Gewinne immer mehr in die Höhe schrauben, während sich die Abgeordneten ihre Diäten vor kurzem fast verdoppelt haben, peitscht man auf der anderen Seite 6%-Lohnraubabschlüsse durch, greift den Rentnern in die Taschen und schreckt auch nicht davor zurück, der Bevölkerung Krankenhäuser und andere medizinische Einrichtungen zu rauben.

So werden allein in Nordrhein-Westfalen auf höchste staatliche Anordnung hin („Landeskrankenhausplan der Regierung") 75 Krankenhäuser mit 4 200 Betten geschlossen!

Wer aber diese Machenschaften anprangert, wer diese Pläne entlarvt, wer wie die KPD/ML aufzeigt, daß neben Arbeitslosigkeit, Geldentwertung und dem übrigen Elend auch die medizinische Versorgung immer katastrophaler wird, der wird in diesem Staat verfolgt, bekommt zahlreiche Schwierigkeiten, muß mit Entlassung, Berufsverbot und auch schon wieder mit Gefängnisstrafen rechnen.

Kampf gegen die Bundesknappschaft

In diesen Tagen findet auch der Arbeitsgerichtsprozeß des kommunistischen Arztes W. Gedeon gegen die Bundesknappschaft vor dem Landesarbeitsgericht in Hamm statt. W. Gedeon war im Mai 1975 — er war damals Landtagskandidat der KPD/ML —, einen Tag nach der Landtagswahl, von der Bundesknappschaft entlassen worden. Ihm wurde vorgeworfen, er habe die Belegschaft mit der „Lüge von der bald bevorstehenden Krankenhausschließung aufgehetzt und dadurch den Betriebsfrieden gestört".

In erster Instanz hatte der Genosse Gedeon den Prozeß vor dem Arbeitsgericht Gelsenkirchen gewonnen, aber die Knappschaft ging in Berufung, obwohl durch die jetzige Schließung des Knappschaftskrankenhauses sich die Warnungen des Genossen vor der baldigen Schließung und der Aufruf zu Kampfmaßnahmen dagegen als voll gerechtfertigt erwiesen haben. Aber die Knappschaft und die hinter ihr stehenden staatlichen Stellen konnten nicht mit offenen Karten spielen. Sie waren darauf angewiesen, die Öffentlichkeit und insbesondere auch die Belegschaft des Krankenhauses zu täuschen.

Deshalb wurde der Belegschaft in letzter Minute, Knall auf Fall, das Schicksal des Krankenhauses mitgeteilt. Die einzelnen Belegschaftsmitglieder bekamen oft nicht einmal eine Woche Zeit, um sich zu überlegen, ob sie in Dortmund oder Recklinghausen oder einem anderen weit entfernten Knappschaftskrankenhaus arbeiten oder stattdessen ohne irgendeine Abfindungssumme gekündigt werden wollten.

Kampf dem kapitalistischen Staat

Dieses Überrumpelungsmanöver, dieser Betrug an der Belegschaft, die Irreführung der Öffentlichkeit durch Propaganda von „zu viel Betten in Gelsenkirchen" und auch die Entlassung eines kommunistischen Arztes, der zum Kampf gegen diese Politik aufrief, zeugen vom durch und durch reaktionären, volksfeindlichen Charakter dieses Staates und seiner Organe.

Sie zeigen aber auch, wie sehr der Staat darauf angewiesen ist, mit Lügen und Tricks und letztlich mit Terror zu arbeiten, weil er fürchtet, daß das Volk, wenn es die Wahrheit erfährt und erkennt, sich zum revolutionären Kampf gegen all diese Machenschaften und schließlich gegen das gesamte kapitalistische System erhebt.

Aber keine noch so feinen Betrugsmanöver, wie auch kein noch so brutaler Terror wird verhindern können, daß die Massenkämpfe, wie das Beispiel Brokdorf zeigt, immer gewaltiger werden und daß in diesen Kämpfen die revolutionären Massen unter Führung ihrer Partei, der KPD/ML, erkennen werden, daß nur die gewaltsame Revolution, die Errichtung der proletarischen Diktatur über die alten Ausbeuter, einen wirklich sozialistischen Staat schafft, wie er heute in Albanien als einzigem Land in Europa bereits Wirklichkeit geworden ist. Einen Staat, in dem das werktätige Volk endlich sein Recht bekommt, in dem nicht ständig Krankenhäuser geschlossen, sondern immer mehr neue, bessere, schönere Krankenhäuser zum Wohle und zur bestmöglichen Versorgung der Bevölkerung gebaut werden.

KPD/ML

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS / MARXISTEN-LENINISTEN

Ortsgruppe Gelsenkirchen



Die Schliessung des Knappschaftskrankenhauses bedeutet eine gewaltige Verschlechterung für die Werktätigen

In den nächsten Monaten wird das Knappschaftskrankenhaus Gelsenkirchen endgültig geschlossen. Die Innere Abteilung und die Chirurgische Abteilung sind

Die Taktik muß der Strategie dienen

Lehren aus dem Kampf von Brokdorf

Die Blutrechnung der Bourgeoisie ging nicht auf! Sie, die nach der Niederlage vom 13. November 76 am Bauplatz des geplanten Atomkraftwerks in Brokdorf rachedürstend gehofft hatte, am 19. Februar 77 die revolutionären Kräfte, allen voran die KPD/ML, in die Falle, in eine vernichtende Niederlage zu locken, bei der man zynisch sowohl Schwerverletzte als auch Tote eingeplant hatte (Hamburger u. a. Krankenhäuser mußten sich auf Stich- und Schußwunden vorbereiten), schaute in die Röhre. Keine von der Polizei brutal Zusammengeknüppelten, keine Verwundeten, keine Leichen, keine wegen Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und „Mordversuch“ an Polizisten Verhafteten. Und dabei hatte man doch alles, militärisch wie psychologisch und juristisch, so gut vorbereitet.

Da war über Schiene und Straße bei Tag und Nacht in schier endlosen Kolonnen aus den verschiedenen Bundesländern ein massives Polizei- und Grenzschutzaufgebot – das größte seit Bestehen der Bundesrepublik – in die Wilstermarsch eingerückt. Hubschrauberstaffeln, Wasserschutzpolizeiboote, Schützenpanzer- und Wasserwerferkolonnen, Gefangenentransportkommandos, Reiter- und Hundestaffeln vervollständigten das Bild der Bürgerkriegsarmee. In Alarmbereitschaft versetzte Krankenhäuser, geräumte und aufnahmebereite Gefängnisse, Straßensperren, gesperrte Fähren und Brücken, ein in eine Festung verwandeltes Brokdorf, so erwartete man, wie „Die Welt“ schrieb, die „schwerste Auseinandersetzung zwischen militanten Demonstranten und den Sicherheitsorganen in der Geschichte der Bundesrepublik“.

A la Gestapo und Staatssicherheitsdienst . . .

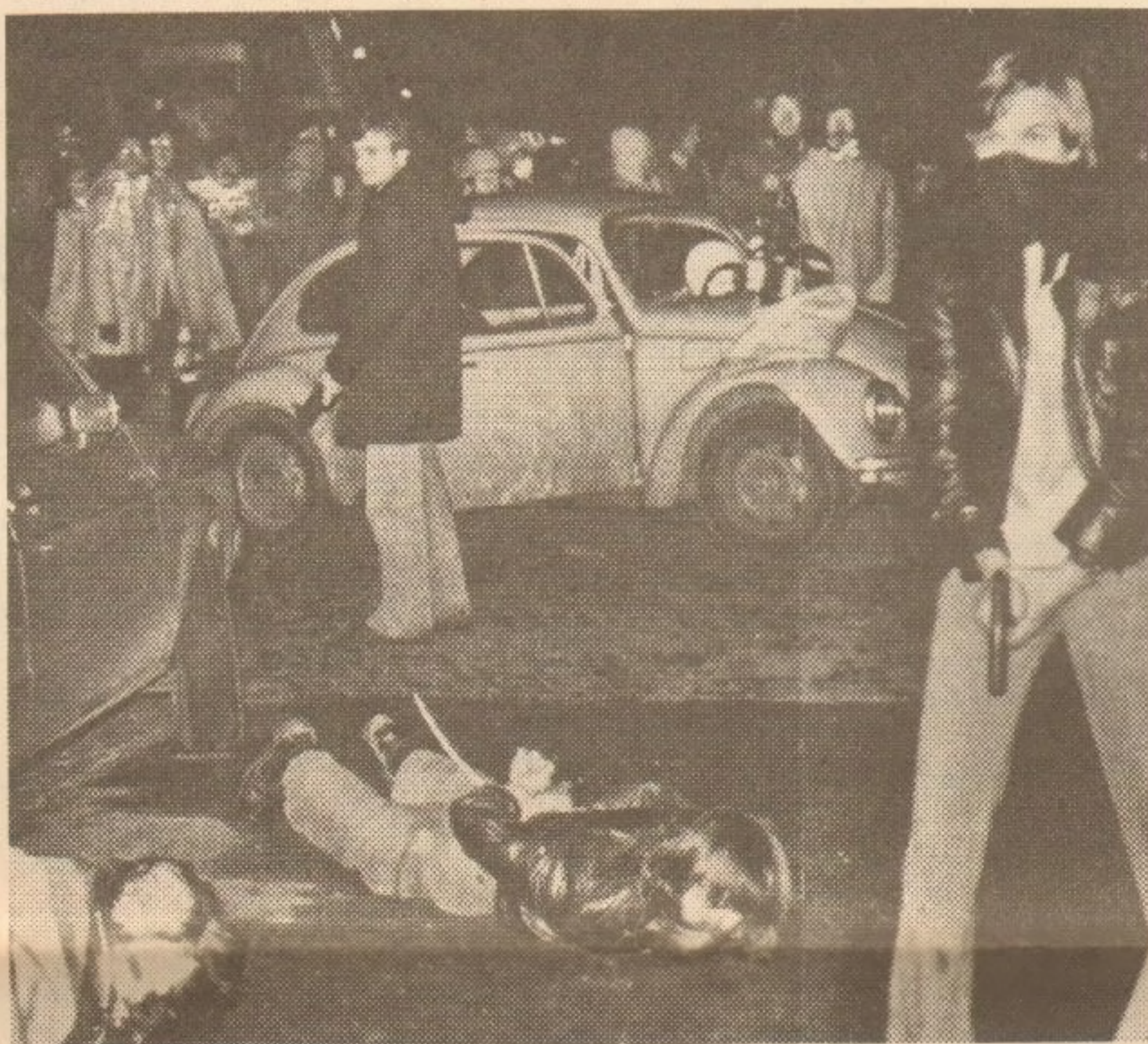
Und auch psychologisch war alles Denkbare geschehen. Zuerst einmal hatte man, indem man seinen Agenten in D„K“P- und Jusokreisen die entsprechenden Anweisungen gab, durch Abwiegelei und die Propagierung Itzehoes als Demonstrationsort die Protestbewegung gespalten. Dann hatte man in gekonnter Nazimanier mit Lüge, Hetze und Fälschung gegen die revolutionäre Bewegung, besonders die KPD/ML, begonnen, die Bevölkerung einzuschüchtern und eine Pogromstimmung vorzubereiten. Als Hilfsmittel hierzu erschienen provokante Fälschungen wie die angebliche „Strategie-Ergänzung“ der KPD/ML, die sich las, als habe hier ein subalterner Verfassungsschützer seine Vorstellungen von der Ausdrucksweise unserer Partei zu Papier gebracht. Von „bürgerlichen Schleimscheißern“ ist da die Rede, von „Scheißbauern“, auf die man „keine Rücksicht zu nehmen“ brauche, denen man – ohne sie zu fragen – getrost die „Trecker und andere Fahrzeuge“ klauen könne, um sie als Barrikaden zu benützen und anzuzünden. Und dieses Lügen- und Fäkal-Erzeugnis wurde nach der feinen stoltenbergschen Art denn auch noch von dessen Ordnungshütern in den Dörfern der Wilstermarsch von Hof zu Hof, von Tür zu Tür gebracht und – welche Ehre – auf einer Sitzung des Amtsausschusses der Wilstermarsch behandelt. Man muß ihnen zugestehen: Das war gekonnt à la Gestapo und Staatssicherheitsdienst, sie haben nichts verlernt.

. . . nur noch raffinierter

Nichts verlernt? Hinzugelernt haben sie, wie Pressezar Axel Springer in seinem „Stürmer“-Nachfolgeblättchen „Bild“. Nur, was damals dem Streicher die Juden waren, sind heute dem Springer die sogenannten „Chaoten, Radikalen, Extremisten, Terroristen“ usw. Waren die Masche und Lügen des „Stürmer“ noch plump, so bedient sich „Bild“ – Goebbels würde seine Freude haben – feinerer, subtilerer Mittel, um im Sinne der herrschenden Klasse die Stimmung anzuheizen:

So fand „Bild“ absolut nichts dabei – obwohl man die Richtigstellung der Partei zu der Lügenstory bereits in den Händen hielt – am 8. 2. in 4-Millionen-Auflage zu verbreiten: „Brokdorf: ‚Zündet die Traktoren an!‘ Kommunisten wollen in Schleswig-Holstein Traktoren stehlen, anzünden und als Barrikaden gegen die Polizei benutzen. Das geht (!) aus einem geheimen (!) Rundschreiben (!) der KPD/ML (!) hervor . . .“ Kein Wunder, daß sich nur einen Tag später dieser faschistischen Provokation auch das von Honecker finanzierte D„K“P-Blättchen „UZ“ anschloß. Faschismus und Sozialfaschismus, „Bild“ und „UZ“, „Welt“ und „Neues Deutschland“ sind halt nur die verschiedenen Seiten einer Medaille, auch wenn sie sich in Auflage, Sprache und Stil unterscheiden.

Die Absicht war klar: einen Keil zwischen Demonstranten, zwischen Kommunisten und die Bevölkerung, die Bauern der Wilstermarsch, zu treiben und gleichzeitig die gewünschte Konfrontation vorzubereiten. So tönten, logen, hetz-



Die Bourgeoisie hatte sich für ein Blutbad gerüstet: Vermummte Polizisten in Zivil mit gezogener Pistole und Maschinenpistole.

ten dann „Bild“, „Welt“, „Hamburger Abendblatt“ und „-Morgenpost“ und andere in trauter Eintracht: „Mit Babys auf dem Arm wollen Linksextremisten am Wochenende das mit Stacheldraht gesicherte Kernkraftwerksgelände Brokdorf stürmen . . . Beim Sturm auf den Bauplatz will man ‚Kinder und schwangere Frauen in die vorderste Reihe schicken . . . Säuglinge als Schutzschilde.‘ Stalin wird im Grabe lächeln.“ „Alarm in Brokdorf – 55 Bomben“ – „Bomben-Lager für Brokdorf aufgeflogen!“ – „Riesiges Waffenlager entdeckt“ – „Die Radikalen rüsten zum Bürgerkrieg“ – „Pressechef der Kieler Landesregierung, Rathke, sagt: ‚An der Spitze steht die militante, straff organisierte und bürgerkriegsmäßig ausgerüstete KPD/ML (Bundesvorsitzender Ernst Aust, 54).‘“

Staatsfeind Nr.1: „Die bösen Kommunisten“

Das Ziel dieser Horrormeldungen war: einmal Einschüchterung der Bevölkerung. Das liest sich dann so: „In Brokdorf herrscht panische Angst. Die Menschen rechnen mit dem Schlimmsten.“ – „Eine andere Frau erzählt: ‚Ich habe geweint, als zunächst die Nachricht kam, die Demonstration sei doch genehmigt. Mein Gott, was wird das wohl werden . . .‘“ – „Angst verschließt den Leuten in der Wilstermarsch die Münder: ‚Ich sag lieber nix, sonst bringt man mich noch um.‘“ – „Brokdorfs Bürgermeister Eggert Block . . .: ‚Daß die Leute nichts mehr sagen ist gut so. Ich hab heute auch einen Brief bekommen. Mir wurde angedroht: ‚Morgen abend hast du einen Kranz um den Hals.‘“

Und wer wohl verschickt solche Briefe? Nicht etwa der Verfassungsschutz, die diversen Geheimdienste, sondern die bösen „Radikalen“. Wer bringt die Leute um? Nicht etwa die Polizei, die laut „Stern“ allein in der Zeit vom 1. Januar 1973 bis 31. Dezember 1975 38 Bundesbürger ins Jenseits beförderte, nicht eingerechnet Kommunisten wie unseren Genossen Günter Routhier, der infolge der durch die Polizei erlittenen Mißhandlungen starb, sondern die bösen Kommunisten.

So erklärte denn auch Schleswig-Holsteins Ministerpräsident folgerichtig: „Nach unseren Informationen wollen kommunistische und terroristische Gruppen dabei sogar Blutvergießen in Kauf nehmen.“ Und die Innenministerkonferenz in Berlin drohte offen, daß „angesichts des Demonstrationsverbots in Brokdorf . . . die staatlichen Mittel in vollem Umfang einzusetzen sind“ („Welt“). Was damit gemeint war, wußte „Bild“ zu berichten: „Für den Notwehrfall Schußwaffen.“

Wer hier im größten Polizeieinsatz der Geschichte der Bundesrepublik das Blutvergießen einkalkulierte, wer hier ein für allemal ein Exempel gegen die revolutionäre Bewegung, insbesondere die KPD/ML, statuieren wollte, das war die westdeutsche Monopolbourgeoisie mittels ihrer staatlichen Macht. Wer war denn hier bewaffnet, wenn nicht die Polizei? Oder sind Schützenpanzer etwa harmlose Entlein, wie sie die Demonstranten fuhren?

Diese Entwicklung in Brokdorf zeichnete sich bereits Ende Januar in voller Klarheit ab. Hatte bis dahin die Partei die Besetzung des Bauplatzes des Kernkraftwerks Brokdorf propagiert, so stellte Genosse Ernst Aust in seinem Schlußwort auf der Abschlußkundgebung unseres III. Parteitages am 5. Februar in Ludwigshafen hinsichtlich Brokdorfs die Meinung des Politbüros klar und eindeutig fest:

„Genossinnen und Genossen, es hat sich in den vergangenen Kämpfen gezeigt, daß wir in unserer Partei mutige Kämpfer haben. Was aber die Probleme der Strategie und Taktik angeht, müssen wir noch dazulernen. Wir, Genossen, müssen unsere Taktik bestimmen, wir müssen das tun, was wir wollen, und nicht das, was uns der Klassengegner aufzwingen will, dort angreifen, wo wir es für richtig halten und nicht dort, wo er es für richtig hält. Man muß aufpassen, daß man nicht in offene Fallen der Bourgeoisie hineinrennt..“

Wir müssen lernen, uns an den Lehren Mao Tsetungs auszurichten. Dort anzugreifen, wo der Feind schwach ist, uns dort zurückziehen, wo er uns überlegen ist. Wir dürfen nicht leichtfertig riskieren, daß unsere Genossen ins Gefängnis kommen. Das ist unverantwortlich. Wir müssen nicht nur kämpfen, sondern auch siegen lernen.

Wenn es also nicht zu dem von der Bourgeoisie erwarteten Blutbad, zu über 1.000 Verhafteten, von denen sicher Hunderte mit langjährigen Freiheitsstrafen zu rechnen gehabt hätten, gekommen ist, wenn der Bourgeoisie ihr großangelegtes Bürgerkriegsmanöver in die Binsen ging, so ist das einzig und allein der besonnenen Haltung der Partei zu verdanken. So war die Anweisung der Partei – keine Besetzung des Bauplatzes, keine Beteiligung an der Spalterdemonstration in Itzehoe, auf nach Wilster – völlig korrekt.

Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist der Rrrevolutionärste im ganzen Land?

Die Zirkel aber, von KBW, GRF bis zum KB-Nord boten ein Bild heilloser Verwirrung. Wie hatten sie doch bis zum 18. 2. groß getönt und zum Sturm des Bauplatzes aufgerufen. Selbst der KB-Nord, der uns noch vor Jahren dessen bezichtigt hatte, gab sich nun „rrrevolutionär“. Offensichtlich auf Druck ihrer revolutionären Mitglieder, die am 13. November das mutige, revolutionäre, geschlossene und disziplinierte Auftreten der Partei, ihren Kampf an vorderster Front beobachteten und sich ihm teilweise angeschlossen hatten, sahen sich die diversen Zirkelführer nun genötigt, selbst „revolutionären“ Schaum zu schlagen und sich dabei gegenseitig zu überbieten. Nur als es dann so weit war, da hatte die große Mehrheit ihr Sturmzeug zu Hause gelassen und in ihren Reden auf der Kundgebung in Wilster, da schwätzten sie zwar vom Energieprogramm der Bundesregierung, das fallen müsse. Keiner von ihnen aber dachte auch nur im Traum daran, die Frage des Kampfes gegen die Errichtung der Kernkraftwerke mit der Frage der Notwendigkeit der Errichtung des Sozialismus, der unausweichlichen sozialistischen Revolution zu verbinden. Stattdessen verfielen sie in ihre übliche Hochstapelei und behaupteten in Ermangelung anderer vorweisbarer Erfolge, statt der rund 12.000 Demonstranten (Polizeiangabe 8.000 bis 10.000) in Wilster, es hätten sich 40.000 versammelt. Vielleicht haben sie anwesende Bullen und Feldhasen der Wilstermarsch hinzugezählt, aber auch dann kann die Zahl nicht stimmen. Welcher ehrliche Genosse kann zu solchen Spinnern und Schwätzern noch Vertrauen haben?

Sind sie noch zu retten?

Der Höhepunkt kleinbürgerlicher Spinnerei und Abenteurertums aber zeigte sich in der Arbeit der diversen Zirkel in den teils von ihnen initiierten Bürgerinitiativen. Hier, völlig offen, in Anwesenheit von Polizeispitzeln, diskutierten sie interne Fragen der Taktik: wie und wo man Mollis einsetzen solle, daß Bolzenschneider, Spaten und Spitzhacken mitzunehmen seien, wo man Drachen gegen Hubschrauber steigen lassen könne, wo Schweißgeräte versteckt werden sollen, wie und wo man angreifen müsse usw. und so fort.

Sind sie noch zu retten? Mit solchen Typen in den Kampf ziehen oder gar zum revolutionären Aufstand schreiten, hieße, dem Klassengegner bereits vorher die Bewaffnung, die Aufstellung, den Einsatz der eigenen Truppen, den Zeitpunkt des Angriffs verraten. Da kann man ja gleich kapitulieren. Freudig schrieb dann auch die „Welt“ in einer „Manöverkritik“: „Die Polizei war zu stark. In Folge der linken Geschwätzigkeit waren Zeitpunkt und Form des Angriffes lange vorher bekannt.“

Da wendet sich der Arbeiter, der werktätige Bauer mit Grausen. Mit solchen Leuten, die sich zu allem Überfluß auch noch Kommunisten nennen, die offensichtlich noch nicht ihre kindliche Phase des Indianer- und Trapper-, des Räuber- und Gendarm-Spiels überwunden haben, kann man bestenfalls Murmeln spielen, aber keine ernsthafte Politik machen, geschweige denn, die Revolution vorbereiten. Sie würden sicherlich anläßlich einer revolutionären Situation auch noch verlangen, daß man in den diversen Bürgerinitiativen zuerst einmal „demokratisch“ darüber abstimme, ob nun die Mehrheit für oder gegen den bewaffneten Aufstand sei.



Kundgebung der Partei in Wilster

Hier zeigt sich klar und deutlich:

1.) Zwar ist es richtig und notwendig, daß unsere Genossen in den Bürgerinitiativen mit ihnen gegen die Kernkraftwerke und anderes arbeiten, um auch hier den Kampf für Reformen mit dem Kampf für die Revolution zu verbinden. Doch niemals kann in diesen Initiativen die Strategie und Taktik der Partei beschlossen werden, stets muß die füh-

rende Rolle der Partei gewahrt bleiben.

2.) Niemals können diese Bürgerinitiativen Kampfaufgaben der Partei übernehmen. Bestenfalls können sie als Reserven in den Kampf geführt werden. Mit eine Aufgabe durch das vorbildliche Auftreten der Partei muß es sein, die Revolutionäre in diesen Initiativen für den Kommunismus, für die Partei zu gewinnen.

3.) Da die Initiativen unterschiedliche Aufgaben haben und Ziele anstreben, muß, bevor man in ihnen aktiv arbeitet, analysiert werden, ob sie über eine Massenbasis verfügen und welcher Art diese ist (Proletariat, Halbproletariat, Kleinbürgertum), wer in ihnen die Führung innehat, d. h. wo der Einsatz der Partei am lohnendsten ist. Auch kann es sich als zweckmäßig erweisen, daß die Partei bei entsprechenden Bewegungen und allgemeinen Forderungen selbst Initiativen zur Gründung entsprechender Gremien ergreift.

Welche Rolle spielen die Bürgerinitiativen?

Welche Rolle spielen die diversen Bürgerinitiativen heute im politischen Geschehen der Bundesrepublik? Betrachten wir die Sache nüchtern, etwa im Vergleich zum Betriebsrat in der Fabrik. Wie dieser zwischen Unternehmensleitung und Arbeitern steht mit der ihm zugedachten Aufgabe, Friedensmittler zu sein, den Arbeitern und Angestellten das Gefühl zu vermitteln, eine Instanz zu besitzen, die ihre Interessen vertritt, auftretende Unzufriedenheit in der Belegschaft aufzufangen und totlaufen zu lassen usw., so dienen die Bürgerinitiativen in der Hauptsache dazu, unzufriedenen Bürgern ein Ventil für ihren Unmut zu schaffen, ihre Unzufriedenheit und ihren Widerstand gegen diesen oder jenen Mißstand der kapitalistischen Wirtschaft, des kapitalistischen Staates im Rahmen der bürgerlichen Legalität zu halten. Nicht umsonst ist hier ein breites Betätigungsfeld von „linken" Sozialdemokraten und modernen Revisionisten.

Doch genau wie wir die Arbeit im Betriebsrat (und sei es nur dessen ständige Entlarvung vor den Kollegen) nicht ablehnen, weil dort Sozialdemokraten und Revisionisten heute noch die Führung innehaben, so lehnen wir die Arbeit in den Bürgerinitiativen nicht ab, weil diese Kräfte auch dort tätig sind. Wenn es sich lohnt, d. h. wenn durch die Initiativen größere Massen zu mobilisieren sind, ist es ja gerade unsere Aufgabe, unsere Pflicht, deren Kämpfe gerade nicht auf den Rahmen der bürgerlichen Legalität zu beschränken, sondern sie in Angriffskämpfe auf die Bastionen der Bourgeoisie zu verwandeln, so wie zum Beispiel am 13. November in Brokdorf.

Nur muß man dabei – wie schon gesagt – die Klassenbasis der durch die Initiative mobilisierten Massen kennen. Es ist schließlich ein Unterschied, ob im Kampf – z. B. in Brokdorf – hinter uns 1 000 disziplinierte Proletarier oder 1 000 schwankende Kleinbürger stehen. Das hat überhaupt nichts mit einer Abwertung der Kernkraftwerksbewegung zu tun, deren Zusammensetzung in ihrer weit überwiegenden Mehrheit kleinbürgerlich, im weiteren Sinne eine Neuauflage der APO ist.

Wir müssen uns hüten, den Begriff „Kleinbürger", wie dies des öfteren geschieht, zu einem Schimpfwort zu machen. Schließlich gibt es auch revolutionäre Kleinbürger. Nur eben, daß man bei ihnen berücksichtigen muß, daß im Gegensatz zu proletarischen Revolutionären, die unbedingte Disziplin, der Drang nach Einheit und geschlossenem Handeln nur schwach, ihr Individualismus, ihre Spontaneität dagegen stark entwickelt sind. Das war und ist auch die Schwäche der Brokdorf-Bewegung, ihre heillose Zerstrittenheit, wobei hinzukommt, daß nicht nur durch die bürgerliche Propaganda, sondern auch durch das Verhalten der Zirkel, die direkt vom Bau des Kernkraftwerks Brokdorf Betroffenen, die Bauern, das Vertrauen in ihre „Helfer" weitgehend verloren haben.

Machen wir uns nichts vor!

Machen wir uns nichts vor – auch wenn es die Zirkelführer entrüstet von sich weisen werden – sie alle, ob KBW, GRF, KB Nord usw. haben nach dem Motto „Hannemann, geh du voran" darauf gewartet, daß sich die Partei an die Spitze des militanten Kampfes, des Angriffs auf den Bauplatz Brokdorf stellen würde. Auch die Polizei rechnete damit, wie aus ihrem Funkverkehr hervorging, in dem sie verzweifelt und verunsichert nach den Demonstranten mit der roten Fahne mit Hammer, Sichel und Gewehr suchte. Als dies nicht geschah, kapitulierten die „Helden", und nur der KBW wagte noch einen Durchbruchsversuch durch die Polizeikette, wobei sich GRF und KB Nord nicht entblödeten, den „Bullen" Hilfsdienste zu leisten, indem sie eine Sperrkette bildeten. Was unterscheidet sie eigentlich noch von den modernen Revisionisten?

Es ist klar: Hätte die Partei gewollt, hätte sie sich an die Spitze der Demonstration von Wilster gesetzt, nichts, auch keine GRF und kein KB Nord hätte sie auf dem Weg zum Bauplatz Brokdorf aufhalten können. Bestimmt wären uns ein- bis zweitausend revolutionäre Demonstranten gefolgt. Doch genauso klar ist auch, daß angesichts der 15 000 mit Pistolen, Maschinenpistolen, Panzerspähwagen ausgerüsteten Polizisten und Grenzschützer, angesichts des angeordneten Schußwaffengebrauchs, wir wohl hingekommen wären, aber keinen Sieg, nicht einmal einen Pyrrhussieg, sondern eine vernichtende Niederlage erlitten hätten.

Jenen aber, die uns angesichts der Änderung unserer Taktik – kein Sturm auf Brokdorf – vorwarfen, wir überschätzten die Bourgeoisie, es sei eine rechte Abweichung, wenn man keine Opfer einkalkuliere, können wir – wie der Genosse Mao Tsetung in einer ähnlichen Situation – nur antworten, daß sie „Vollidioten" sind.

Ein zweites 1933 wird es nicht geben!

Natürlich erfordert der Kampf Opfer, aber keine unnötigen. Schließlich befinden wir uns nicht in einer revolutionären Situation, wo es darauf ankommt, die Vorhut in den bewaffneten Kampf zu werfen, wo trotz richtiger Taktik der Kampf unvermeidlich große Opfer fordert. Wer uns heute rät, die mutigsten Kader unserer Partei wie auch der revolutionären Bewegung in eine absehbare Niederlage zu führen, der handelt verbrecherisch. Oder er ist ein Agent der Bourgeoisie, ein Agent provokateur.

Solche scheinrevolutionären Ansichten bzw. „linken" Abweichungen entstammen, wie der Genosse Mao Tsetung sagte, der revolutionären Fiebrigkeit kleinbürgerlicher Intellektueller, die nicht imstande sind, das Ganze zu erfassen, die nicht die Interessen von heute mit denen von morgen, die Teilinteressen mit den Gesamtinteressen verknüpfen wollen. Die Gesamtinteressen im Hinblick auf die kommende Revolution erfordern, daß wir unsere Kader nicht sinnlos verheizen. Wir müssen dafür sorgen, daß in den entscheidenden Augenblicken, in einer revolutionären Situation, auch die Kader vorhanden sind, die die Arbeiterklasse zum Sieg führen können.

Das darf nun natürlich nicht zum gegenteiligen Fehler führen, jedem Kampf auszuweichen. Das hat die Partei in der Vergangenheit nicht getan und wird sie auch in Zukunft nicht tun. Wir haben klipp und klar erklärt, daß wir den Abbau der demokratischen Rechte, daß wir die konterrevolutionäre Gewalt der herrschenden Klasse mit der revolutionären Gewalt des Volkes beantworten werden. Ein zweites 1933 wird es nicht geben! Doch sind wir auch keine Putschisten, die Operationen blindlings, ohne Berücksichtigung der subjektiven und objektiven Bedingungen durchführen.

Der zentrale Gedanke des Professors Jens Scheer

Geradezu erheiternd in dieser Hinsicht wirkt das „Spiegel"-Interview mit GRF-Mitglied, Atomphysiker Jens Scheer. Auf die revisionistische „Spiegel"-Frage, wie er in Brokdorf Gewalt gegen Sachen von Gewalt gegen Personen trennen wolle, antwortete dieser Schlaumeier: „Ja, das ist der zentrale Gedanke, der alles bestimmen muß: Jedes Vorgehen hat in einer Atmosphäre der Überlegenheit und der Disziplin gegenüber der Polizei zu geschehen. Wenn die Polizisten glauben, wir wollen ihnen sozusagen persönlich ans Leder, dann wird es gefährlich. Das heißt, wir müssen durch eine breite Aufklärung der Polizei deutlich machen, daß ihr kein Haar gekrümmt wird, wenn sie abzieht, daß Tausende auf den Platz gehen, um das Atomkraftwerk zu verhindern, nicht, um sich mit ihr eine Schlacht zu liefern. Wenn wir der Polizei das begreiflich machen und einen Rückzugsweg bekanntgeben, dann werden die nicht anfangen, wild rumzuschießen . . ."

So einfach ist das also. Wer hätte das gedacht? Da müssen wir wohl Selbstkritik üben, daß wir am 13. November anstatt den „Bullen" höflichst den Weg zum Rückzug zu zeigen, versucht haben, mit Gewalt den Bauplatz zu besetzen. Was uns fehlt, ist eben ein richtiger Professor.

Auf der gleichen Linie liegt ein Artikel der „KVZ" des KBW vom 17. 2. unter der Überschrift „Polizeitaktik", in dem lang und breit neben anderen Absurditäten nachzuweisen versucht wird, wie schwach die westdeutsche Polizei im Grunde genommen doch sei. Schwach, weil die Bourgeoisie in der Atomfrage selbst „einen heftigen Krach in ihren eigenen Reihen hat", schwach, weil ihre Drohung mit bewaffneter Gewalt lediglich ein Papiertiger, nichts als „Gewäsch" sei. Schwach, weil Massenaktionen zu einem „erheblichen ideologischen Verschleiß der Polizeitruppen" führen, so daß man sie nach „allerhöchstens drei Stunden aus dem Einsatz holen muß", schwach, weil die Polizei in ihrer Masse aus Leuten aus dem Volk besteht, die bloß drauflos-hauen, weil sie dafür bezahlt werden, schwach, weil es in Brokdorf „zu schweren Differenzen in ihren eigenen Reihen kommt".

Über die gar wundersame Wirkung der Schulklasse

Darum kommt es dem KBW auch gar nicht so sehr auf die große Masse der Demonstranten an: „Eine Schulklasse, die jetzt aufruft, nach Brokdorf zu gehen und das Richtige zu tun, die wird sowohl auf die Polizeikräfte als auch auf das Mauerwerk einen größeren Druck ausüben als dies ein Rammbock vermöchte." Nur „bürgerliche verwirrte Narren" denken darüber nach, „wie man sich gegen Gewaltangriffe der Polizei schützen kann."

Wenn das alles so ist, so fragt man sich doch ernsthaft, warum ist es den Helden des KBW mit ihrer Schulklasse am 19. 2. nicht gelungen, den Bauplatz in Brokdorf zu besetzen? Am Widerstand von GRF und KB kann es doch schwerlich gelegen haben. Man wundert sich auch, wie die Bourgeoisie angesichts der enormen Schwäche ihrer Polizeistreitmacht ihre Herrschaft überhaupt noch aufrecht erhalten kann. Einige Schulklassen, die „das Richtige tun", müßten angesichts der ideologischen Verwirrtheit der Polizei doch genügen. Die Bundeswehr? Die besteht doch auch aus Leuten, die „dem Volk entstammen" und wird viel schlechter bezahlt als die „Bullen". Doch wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß nicht die Polizei schwach, sondern der Autor dieser „Analyse" schwach(sinnig) ist.

Söldner des Kapitals

Natürlich besteht die Polizei aus Menschen aus dem Volk. Die Krupp und Thyssen werden ihre Söhne nicht gerade in die Polizeikasernen und -reviere schicken. Nur, was besagt das? Auch in Hitlers SA waren relativ viele Arbeiter. Und die Polizei, die am 1. Mai 1929 in Berlin das Blut von über 30 Arbeitern vergoß, bestand ebenfalls aus Menschen aus dem Volk. Es ist eine alte Erfahrung der Arbeiterklasse, der Werktätigen, daß die Polizei sich niemals scheute, wenn es ihre kapitalistischen Herren befahlen, auf die Werktätigen zu schießen. Das wäre auch in Brokdorf – zumal die Anweisung zum Schußwaffengebrauch bestand – der Fall gewesen, wenn die Polizei in ernsthafte Bedrängnis geraten wäre, und das wäre sie bei unserem Einsatz sicherlich. Hinzu kam, daß hier die Staatsmacht den „Radikalen", den „Extremisten", den Kommunisten ein für allemal zeigen wollte, wer hier im Hause das Sagen hat.

Wer im Volk Illusionen über den Charakter der Polizei erzeugt, wer die „Bullen" mit Blumen begrüßt, wer sich einbildet, sie durch gutes Zureden zum Rückzug bewegen zu können, der arbeitet direkt den modernen Revisionisten und ihren kapitalistischen Auftraggebern in die Hände. Natürlich werden wir nicht den einzelnen einfachen Polizisten, der mit uns als Nachbar im gleichen Hause wohnt, als „Bullen" beschimpfen und bekämpfen, sondern mit ihm (es sei denn, er ist ein Faschist) diskutieren, was natürlich mit Wissen der Partei geschehen muß. Natürlich ist es richtig, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet, auch in der Polizei zu arbeiten mit dem Ziel, sie zu zersetzen. Aber dort, wo uns die Polizei, auch der einzelne Polizist – z. B. bei einer Festnahme, beim Verhör auf dem Revier, bei Demonstrationen wie in Brokdorf usw. – im Dienste, als Söldner des Kapitals entgegentritt, da ist sie unser Feind, dem man entsprechend begegnet.

„Die Taktik muß entsprechend den Aufgaben und Möglichkeiten der Strategie aufgebaut sein."

Entgegen dem Illusionen über die bürgerliche Staatsmacht verbreitenden KBW, mit seinem kleinbürgerlich-radikalen Revoluzzertum, das gepaart ist mit starken rechten Abweichungen (wir sind gerne bereit, mit den Genossen darüber zu diskutieren), ist es unsere Aufgabe, kühl und nüchtern zu prüfen, die taktischen Erfahrungen der Arbeiterklasse zu berücksichtigen, die der Genosse Stalin wie folgt formulierte:

„Die Taktik kann sich nicht Augenblicksinteressen unterwerfen, sie darf sich nicht von Erwägungen des unmittelbaren politischen Effekts leiten lassen, noch viel weniger darf sie sich von der festen Erde lösen und Luftschlösser bauen – die Taktik muß entsprechend den Aufgaben und Möglichkeiten der Strategie aufgebaut sein." (Stalin, Bd. 5, S. 148).

Immer dann, wenn die Partei diese Grundsätze berücksichtigte, wenn sie sich in ihren Einschätzungen nicht vom Boden der Tatsachen löste und die Kräfte richtig einschätzte, wenn sie nach den Prinzipien handelte: im Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes, gegen den konterrevolutionären Terror der Bourgeoisie, die Faschisierung, dem Klassenfeind überlegene Kräfte zusammenzuziehen, kurz, hart und völlig überraschend zuzuschlagen, anzugreifen, wo der Feind schwach ist, uns zurückzuziehen, wo er uns überlegen ist, jeden Kampf gründlich vorzubereiten, uns nicht auf ihn einlassen, wenn die Niederlage sicher ist, richtig zwischen offenen und illegalen Kampfformen zu unterscheiden, hat die Partei den Erfolg auf ihrer Seite gehabt. Immer dann, wenn sie von diesen Prinzipien abwich, wie anläßlich der im Gegensatz zum Roten 1. Mai 1973 falsch organisierten Breschnew-Demonstration in Dortmund, hat sie Verluste gehabt, die heute noch in ca. 1 000 Festnahmen, Registrierungen, Geld- und Gefängnisstrafen bestehen, morgen aber schon Tote kosten können.

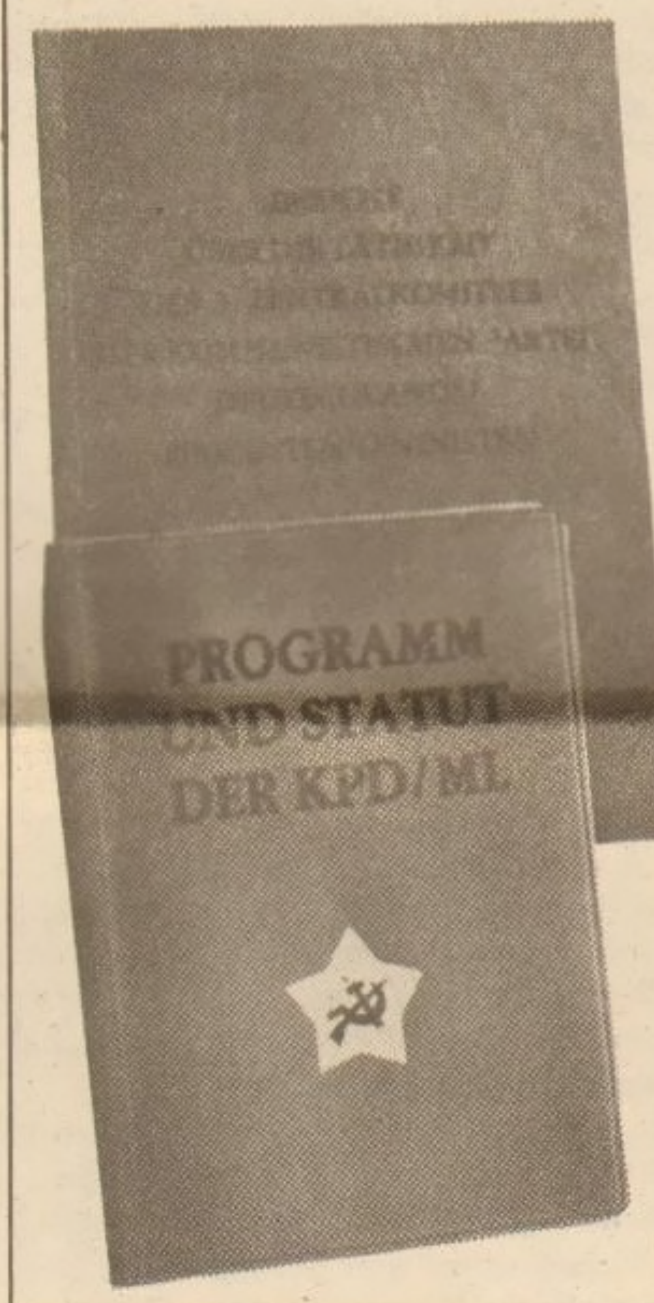
Was wir lernen müssen, ist revolutionäre Geduld

Deutlicher als alle Ereignisse der vergangenen Jahre zeigten uns, zeigten allen aufrechten Revolutionären, die Ereignisse vom 19. 2. in der Wilstermarsch die Notwendigkeit des Zusammenschlusses in der einen Vorhutpartei der deutschen Arbeiterklasse, der KPD/ML, der Partei, die aufgrund ihrer Disziplin und Organisiertheit, ihres hohen ideologischen Niveaus, der marxistisch-leninistischen Prinzipienfestigkeit als einzige in der Lage ist, eine korrekte Strategie und Taktik zu entwickeln. Der Partei, die als Trupp ihrer Klasse über die Fähigkeit verfügt, unter den außerordentlich schwierigen, mannigfaltigen und komplizierten Bedingungen des Kapitalismus den Kampf zu führen. Die in der Lage ist, das Proletariat zur Offensive zu führen, wenn die Umstände eine Offensive erfordern, die sich den Schlägen eines starken Gegners entziehen kann, wenn die Umstände den Rückzug erfordern.

Was wir lernen müssen ist revolutionäre Geduld. Ist, unsere hohe Kampf- und Opferbereitschaft, unseren revolutionären Elan, unsere Liebe zum Volk, unseren Haß auf die Bourgeoisie ständig zu wahren, uns gleichzeitig aber davor zu hüten, uns von Gefühlen beherrschen zu lassen. Ist, eiskalt und exakt den Untergang des Kapitalismus, des kapitalistischen Staatsapparates zu planen, vorzubereiten und durchzuführen, um auf seinen Trümmerr die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Anzeige

Studiert das Programm der KPD/ML!



Programm und Statut der KPD/ML. Aus dem Inhalt: * Der Kapitalismus * Das Endziel: der Kommunismus * Der Sozialismus * Die Agenturen des Kapitals im Lager der Arbeiterklasse * Grundlagen der Revolution in Deutschland * Der Weg zum Ziel * Statut der KPD/ML. 310 Seiten, Din A 6, flexibler Kunststoffeinband, DM 5,--.

Bericht über die Tätigkeit des 3. Zentralkomitees der KPD/ML, erstattet auf dem III. ordentlichen Parteitag der KPD/ML. 134 Seiten, broschiert, DM 4,--.

Bestellungen an: GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30

„EMMA" – VERSÖHNUNG MIT DEM KLASSENFEIND

Liebe Genossen!

Seit Februar gibt es „Emma", eine Zeitung, die angeblich für die Rechte der Frauen kämpfen will und unter der Regie und angeblich mit dem Geld von Alice Schwarzer entstanden ist. Ich habe keine große Ahnung über diese Frau, aber diese Zeitung ist schon deutlich genug. In die Irre führen, keinen Klassenstandpunkt haben, kleinbürgerlich-intellektuelle Probleme und Witzchen, Versöhnung mit dem Klassenfeind, mit dem bürgerlichen Staat und Reformismus – das ist meine Meinung zu dieser Art von „Frauenbefreiung".

Wie machen die das? Wie ein roter Faden zieht sich durch fast alle Artikel, daß man alle Wut, die man auf seine beschissene Lage, auf das System hat, gegen die Männer, vor allem gegen den eigenen Mann, richten soll. Wirklich der Gipfel ist z. B. ein Artikel „Mein Mann ist arbeitslos", wonach das größte Problem der Arbeitslosigkeit angeblich darin besteht, daß die Frau in dieser Situation jetzt noch „auf ein Kind mehr" aufpassen müsse, weil der arbeitslose Mann nerve und Arbeit mache. Kein Wort darüber, woher kommt die Arbeitslosigkeit oder wenigstens, wie man zu Hause – Mann und Frau – solidarisch handeln muß.

Noch offener nehmen die Leute, die diese Zeitung machen, den Kapitalismus in Schutz, wenn sie sich z. B. darüber aufregen, daß bürgerliche Zeitungen wie der „Spiegel" bürgerliche Politikerinnen kritisieren – das sei frauenfeindlich. Ähnlich kritisieren sie auch die Justiz – nicht als Klassenjustiz, sondern als „frauenfeindliche Justiz". Der merkwürdige Blickwinkel ist der: An allem haben die Männer schuld. Was dabei rauskommt: Scheiden lassen, Männer verjagen und ähnliches als Ausweg.

Die „Emma"-Damen machen das gleiche, wie die, die sie angeblich bekämpfen. Sie spalten uns zwischen Männern und Frauen. Was wir aber tun müssen, ist genau das Gegenteil. Wir müssen zusammenhalten, uns zusammen organisieren, zusammen gegen den bürgerlichen Staat kämpfen. Wo das passiert, wovon wir lernen können, darüber schweigen sich diese angeblichen Vorkämpferinnen der Emanzipation aus. In Brokdorf aber, oder bei den militanten Kämpfen und Demonstrationen, die es gab, waren die Frauen immer dabei, zusammen mit den Männern.

Natürlich gibt es Probleme zwischen Männern und Frauen und Widersprüche, und natürlich ist es auch heute bei uns noch so, daß die Frauen zusätzlich unterdrückt werden und ausgebeutet sind. Wenn man aber die Frage stellt, warum das so ist und wem das nützt – den Kapitalisten (und ihren Frauen!) und Kapitalistinnen (und derer gibt es auch nicht wenig) –, dann findet man auch die Antwort für die Befreiung der Frauen. Im Sozialismus, den sich die werktätigen Männer und Frauen in der gewaltsamen Revolution erkämpfen, werden sich auch die Frauen befreien können. Das blühende sozialistische Albanien und seine Frauen sind uns dafür ein gutes Beispiel.

Aber das wollen sie nicht, die „Emmas". Vielleicht haben sie nur einen schrecklich verwirrten Kopf, aber mit so viel Geld dahinter und „Mitarbeiterin Irmtraud aus Ostberlin" (eine bekannte DDR-Schriftstellerin) ist da wohl eher System dahinter.

Rot Front!
Eine Genossin aus Hamburg.

P.S. Auf der ersten Seite ihres Blättchens mokiert sich Frau Schwarzer ganz neckisch und „neutral" darüber, daß es keine einzige Zeitung in der DBR gäbe, gleich welcher politischen Richtung, die nicht einen Mann als Chefredakteur habe. Frau Schwarzer hat wohl den „Roten Morgen" übersehen!?

KAKAO MIT ALKYDHARZ-GESCHMACK

Liebe Genossen!

Ich arbeite in einer Lackfabrik in Bremen. Bei uns kam vor kurzem wieder einmal ein Tanklastzug aus Hamburg an, der Alkydharz geladen hatte. Als wir den Fahrer fragten, was für ein Harz er denn gleich fahren würde, wenn der Lastzug abgepumpt sei, antwortete er, der Laster würde dann kurz gewaschen und danach müßte er Kako laden. Wir lachten zuerst und erklärten den Fahrer für verrückt. Aber er sagte, das sei tatsächlich so, er könne uns die Papiere zeigen. Das muß man sich einmal vorstellen, mit welchen Methoden die Kapitalisten ihren Profit machen, ob das jetzt die LKW-Firmen oder die Fabrikherren sind. Für sie ist Zeit Geld, und deshalb halten sie die Waschzeiten unverantwortlich kurz, ob die Menschen davon krank werden, kümmert sie einen Dreck.

Rot Front! Ein Genosse aus Bremen.

PROTEST GEGEN DAS EINREISEVERBOT FÜR DIE DELEGATION DER PAA

Liebe Genossen!

Ich war sehr empört darüber, daß die Delegation der albanischen Genossen zu unserem III. Parteitag keine Einreisegenehmigung bekam. Sofort rief ich in Bonn an, um zu protestieren und nach dem Grund zu fragen. Nach einigen Anläufen meldete sich ein Herr Matti. Er beantwortete meinen Protest und meine Frage nach dem Grund für das Einreiseverbot folgendermaßen: „Ich will Ihnen mal was sagen: Machen Sie doch Ihren faschistischen Terror woanders! Sie SA-Nachkömmling, Sie!" Bumm – Hörer aufgehängt. Was soll man dazu sagen? Dann hat wohl auch Albanien Hitlerdeutschland überfallen? Und die Nazis waren in Wirklichkeit Antifaschisten?

Jetzt weiß ich auch, warum unsere bundesdeutsche Gummiknüppelverfassung „freiheitlich" und „demokratisch" ist und die Bundeswehr eine friedliche Verteidigungsarmee. Man muß nur alles auf den Kopf stellen. Auf dem Kopf kann allerdings niemand lange stehen.

Rot Front!
Ein Genosse aus Nürnberg.

ANSCHLAG AUF DAS PARTEIBÜRO ESSEN



Liebe Genossen!

Auf unser Parteibüro in Essen ist am 19. oder 20. Februar ein feiger Anschlag verübt worden. Die Täter scheuten das Tageslicht und warfen in der Nacht sämtliche Fensterscheiben ein. Wir haben allerdings unsere Vermutungen, wer hinter diesem Anschlag steckt: niemand anders als die modernen Revisionisten der D„K"P, die schon seit längerem versuchen, Genossen und Sympathisanten unserer Partei mit sozialfaschistischem Terror einzuschüchtern. Wir schicken euch ein Bild mit den Verwüstungen im Büro und der Wandzeitung, die wir dazu anfertigten.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Filmkritik

"Steiner - Das Eiserne Kreuz"

Ehrenrettung für Hitlers Armee?

„Eindringliche Schlachtengemälde" – „Monumentaler Anti-Kriegsfilm" – „Teuerster Film der deutschen Nachkriegszeit" – „Internationale Starbesetzung" – die Presse spart nicht mit Superlativen, um für das jetzt in den Kinos laufende Landser-Spektakel „Steiner" Reklame zu machen. Man kann noch ein Superlativ hinzufügen: „Steiner" ist einer der widerlichsten und übelsten Unternehmen zur Verherrlichung hitlerfaschistischer Kriegsverbrechen. Der Film unterscheidet sich von den Drei-Groschen-Heftchen über die „Heldentaten" der faschistischen Wehrmacht bei ihren Raubzügen durch ganz Europa lediglich durch die pazifistischen Phrasen, die in die Dialoge eingestreut werden.

Wenn ein US-Starregisseur wie Sam Peckinpah, bekannt durch seine Westernproduktion, mit britischen Produzenten und westdeutschen Geldern einen Film über die Hitlersoldaten im 2. Weltkrieg dreht – was wird dabei herauskommen?

„Fünf Hektoliter Kunstblut aus den USA eingeflogen!" „Dreihunderttausend Schuß Munition abgefeuert!" meldet die Verleihfirma über die Dreharbeiten. Das Produkt ist entsprechend. Zwei Stunden und sieben Minuten lang Tieffliegerangriffe, Panzer-Attacken, Bomben- und Granatenexplosionen, durch die Luft wirbelnde Leichenteile, hochspritzende Blutfontänen, im Kugelhagel von Maschinengewehren zerfetzte Soldaten, sterbende Männer, Frauen und Kinder, Tod und Vernichtung, zum höheren Genuß zumeist in Zeitlupe oder Großaufnahme. Vor dem Hintergrund solcher sadistischer Phantasien *„Made in USA"* spielt eine Handlung ab, die, was primitive Verherrlichung von imperialistischem Völkermord, faschistischer Mord- und Raubtaten und Söldner-Zynismus angeht, kaum zu überbieten ist.

Schauplatz ist die Ostfront 1943, Krim. Die Reste der faschistischen „Großdeutschen Wehrmacht" fliehen unter den Schlägen der Stalin'schen Roten Armee. Zersetzt, demoralisiert und erschöpft versucht die Aggressorenarmee des deutschen Imperialismus, sich Richtung Westen durchzuschlagen. Durch das Inferno von Kunstblut und Platzpatronen stiefelt ein Zug deutscher Landser, der vor männlichem Heldenmut, Ehrenhaftigkeit und treuer Kameradschäft nur so strotzt. Geführt wird der Zug von dem Titelhelden Steiner. Und nun beginnt die Märchenstunde. Jeder Abschnitt der Filmhandlung ist dabei ein Hohn auf die historische Wahrheit, auf jede gesunde Auffassung von Recht und Unrecht, Moral und Unmoral.

Zunächst einmal ist der gesamte Zug der Hitler-Soldaten von der „Sinnlosigkeit des Krieges" restlos überzeugt. Und nicht nur die einfachen Soldaten, nein, bis hoch zum Regimentskommandeur ist man sich über seine pazifistische Grundeinstellung völlig einig. Damit nicht genug, erfährt man weiter Wunderbares über die Nazi-Wehrmacht. Zugführer Steiner – gespielt von einem US-amerikanischen „Western"- Darsteller als eine Art Cowboy in Landseruniform – führt seine Männer mit Strenge und Edelmut. Gelegentliche Ausrutscher, wie Plünderung, Vergewaltigung, Kindermord – all das ahndet er strengstens und duldet es bei seinen Untergebenen nicht. Offenbar sind die ungezählten Greueltaten der Nazi-Horden in der Sowjetunion, die Millionen hingemetzelter Sowjetmenschen, die gebrandschatzten Städte und verwüsteten Landstriche, die Vergewaltigungen und Morde doch nur Propagandamärchen? Neben den edlen deutschen Soldaten kommen die sowjetischen Rotarmisten jedenfalls ziemlich schlecht weg. In ihrer Undankbarkeit erkennen sie den Edelmut der Nazis gar nicht und treiben diese immer weiter vor sich her.

Allerdings gibt es auch ein schwarzes Schaf in Hitlers Wehrmacht: Der Gegenspieler der Titelfigur, ein Offizier von preußischem Adel, ein Opportunist und Feigling, der sich an die Ostfront versetzen läßt, nur um einen Orden, das „Eiserne Kreuz", zudem auf unredliche Weise, zu ergattern. Da beißt er aber bei den tapferen deutschen Soldaten auf Granit. Um eines Ordens willen morden! Das widerspricht deutschem Ehrgefühl zutiefst. Steiner will bei seiner Einheit nur Männer, die Hitlers Völkermord sozusagen uneigennützig unterstützen, ehrlich und geradeheraus morden, plündern und brennen, und nicht um eines lumpigen Ordens willen. Nach mancherlei Schlacht und Intrige gelingt es Steiner, dem Ordensjäger die Tour zu vermasseln, ihn mit in den blutigen Heldentod zu reißen und damit auch den Film zu Ende zu bringen, womit – moralisch zumindest – die Mannhaftigkeit, Ehre und Uneigennützigkeit des deutschen Landsers über die paar schlechten Elemente in der faschistischen Wehrmacht obsiegt.

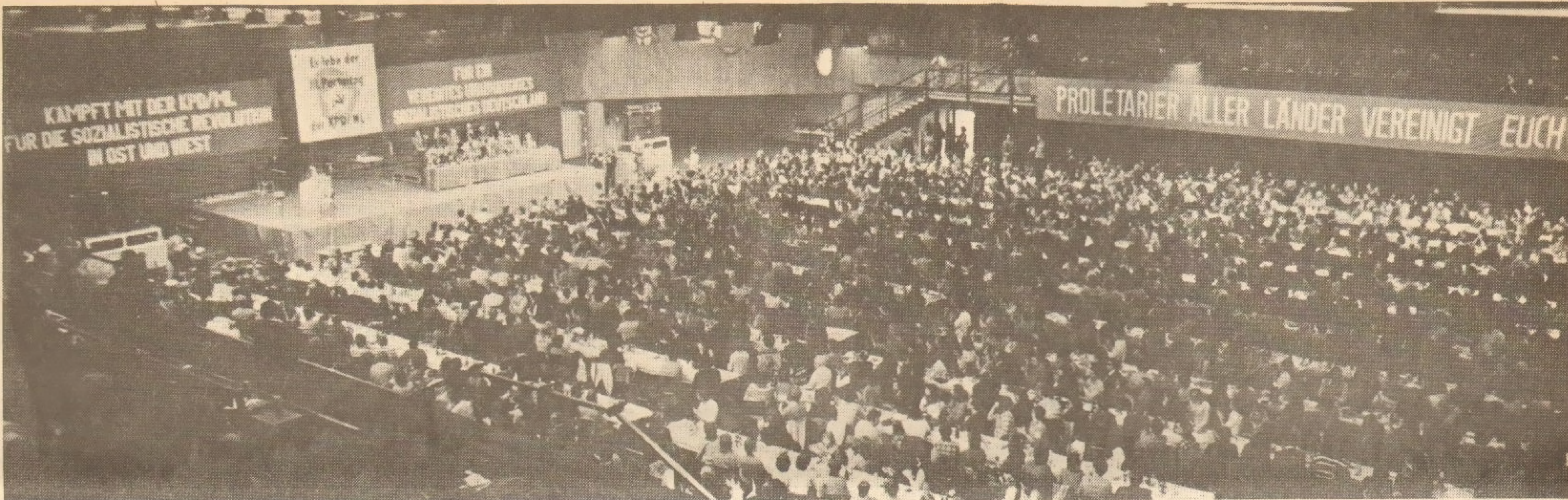
Wer also bisher dachte, die Hitlertruppen hätten die sozialistische Sowjetunion Stalins überfallen, dort wie die Vandalen gehaust, Millionen und Abermillionen von Sowjetmenschen hingeschlachtet und wären schließlich aufgrund des heldenhaften Kampfes der Roten Armee und der von der Partei geführten Sowjetvölker wie feige Verbrecher Hals über Kopf geflohen – der muß sich eines Besseren belehren lassen. Und wer das Verbrechen bisher für Verbrechen gehalten hat, erfährt erstaunt, daß die Aggressoren gar nicht so waren. Krieg führen sie nur, *„um zu überleben"* und weil sie ja schließlich ständig *„vom Iwan"* angegriffen werden. Schließlich sind sie Kulturmenschen, die sogar zwischen den Schlachten die Zeit finden, tiefgründig über Immanuel Kant oder Clausewitz, über Gott und die Sinnlosigkeit des Krieges zu philosophieren.

Ein weiteres Phänomen des Filmes ist, daß die deutschen Truppen, obwohl auf dem Rückzug, und außerdem ja pazifistisch eingestellt, fortwährend siegen. Die sowjetischen Soldaten dienen nur als Staffage, wie Indianer in einem Wildwest-Film, als Statisten, die ständig zu Hunderten im Feuer einer Handvoll deutscher Soldaten zusammenbrechen, als dumme Tölpel von listigen deutschen Haudegen ausgetrickst und beseitigt werden. Die einzigen Sowjetsoldaten, die im Film ein Gesicht und eine Rolle haben, sind ein zwölfjähriges Kind und einige junge Mädchen. Man fragt sich verwundert, wie dieses tölpelhafte, aus Frauen und Kindern bestehende, ständig besiegte und zurückgeschlagene Häufchen russischer Soldaten die größte und bestausgerüstete imperialistische Armee, die Armee des deutschen Imperialismus, so vernichtend schlug. Schade, daß der Film nicht bis 1945 geht. Es wäre interessant gewesen, zu erfahren, wie die Rote Armee im Mai 1945 nach Berlin kam und auf dem Reichstag die rote Fahne mit Hammer und Sichel aufpflanzte. Nach der Logik des Films werden sie sich wohl geirrt haben ...

Es gehört einige Dreistigkeit dazu, *„Steiner – Das Eiserne Kreuz"* als einen „Anti-Kriegsfilm" auszugeben. Er ist alles andere als das. Er veherrlicht Zynismus, Nihilismus und Menschenverachtung, propagiert die Mentalität einer faschistischen Söldnerarmee, wie etwa der US-amerikanischen GI's in Indochina, die unbeschadet irgendwelcher Erwägungen über Recht oder Unrecht „ihren Job tun", die „Moral" von Räubern und Plünderern in einem fremden Land, ohne Ideale, die es zu verteidigen gäbe, als willenlose Werkzeuge jedes beliebigen Verbrechens, daß die Profitgier der Imperialisten diktiert. Daß die Film-Helden dabei zuweilen von der „Sinnlosigkeit des Krieges" faseln und seine Grausamkeit beklagen, tut nichts zur Sache. Jeder Aggressor bekommt mal Katzenjammer, und der größte Kriegstreiber wird vorrübergehend Pazifist – wenn es ihm an den Kragen geht und er sich bei seinen Raubzügen einen blutigen Kopf holt.

Solche Gestalten haben nicht das Geringste zu tun mit jenen deutschen Soldaten, die aus Empörung über die Hitleraggression aus der faschistischen Wehrmacht desertierten und in den Reihen der Roten Armee gegen die braune Pest kämpften. Sie waren es, die tatsächlich die Ehre des deutschen Soldaten verkörperten, weil sie im internationalistischen Geist des Proletariats, ihren natürlichen Platz an der Seite ihrer sowjetischen Klassenbrüder sahen und nicht in der Söldnerarmee des deutschen Finanzkapitals. Selbstverständlich gibt es in „Steiner" solche Männer nicht. In einem Dialog gegen Ende des Films zwischen zwei faschistischen Offizieren heißt es: *„Und was machen wir, wenn der Krieg vorbei ist?"* Die zynische Antwort: *„Wir bereiten uns auf den nächsten vor"*. Dies ist eine der wenigen überzeugenden, realistischen Szenen des Films ...

Die Presse schreibt, für die Produktion von „Steiner – Das Eiserne Kreuz" habe die westdeutsche Bourgeoisie 16 Millionen DM beigesteuert. Offenbar ist ihr nichts zu teuer, um mit großem Propagandaaufwand die Wiederbelebung des Geistes des Militarismus, der Menschenverachtung und des gewissenlosen Söldnertums zu betreiben und dafür besonders unter der Jugend, innerhalb und außerhalb der Bundeswehr, Reklame zu machen. Dies wird sich jedoch als Fehlspekulation erweisen, wenn das deutsche Proletariat im Falle eines neuen imperialistischen Krieges die Gewehre umdreht, um sie für den Sturz der Ausbeuterordnung zu gebrauchen. Und die Soldaten der proletarischen Revolution werden davon überzeugt sein, daß dieser Krieg sehr sinnvoll ist.



Über 3.000 Freunde und Genossen der Partei waren am 5. Februar bei der öffentlichen Abschlußveranstaltung zum III. Parteitag der KPD/ML begeistert dabei.

Februar im Bild



Eine Protestkundgebung gegen das Einreiseverbot für die Delegation der Partei der Arbeit Albaniens, die an der Öffentlichen Abschlußveranstaltung zum III. Parteitag teilnehmen wollte.



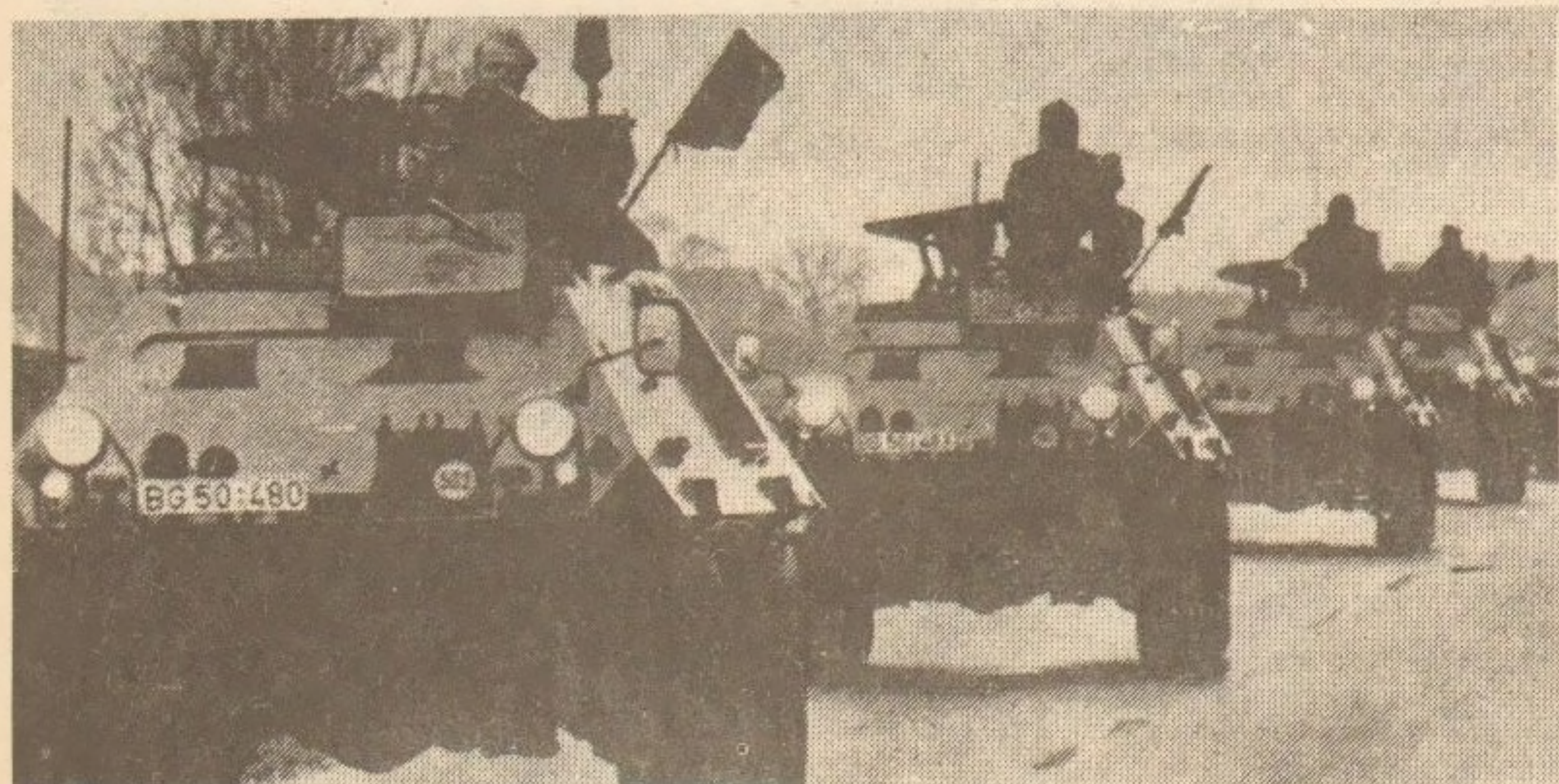
ÖTV-Tarifrunde: Mehrere hundert Krankenpflegeschüler und andere Jugendliche, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, demonstrierten in Dortmund für ihre Forderungen.



Sofort als bekannt wurde, daß Bernd Hübner vom Staatssicherheitsdienst der DDR verhaftet worden war, weil er Kommunist ist, nahm die Partei überall entschlossen den Kampf für seine Freilassung auf. Die Bevölkerung wurde informiert. Viele solidarisierten sich durch ihre Unterschrift unter Protestresolutionen.



Am 19. 2. demonstrierten rund 400 Menschen in Bonn gegen die Verhaftung des Genossen Bernd.



Brokdorf, 19. 2.: Die Bourgeoisie bereitete sich auf den 19. 2. vor wie auf einen Bürgerkrieg. Neben Polizei und Bundesgrenzschutz wurde auch eine Einheit von Pionieren der Bundeswehr aus Schleswig-Holstein als Hilfstruppe eingesetzt.



Die Partei war am 19. 2. unter den 10 bis 15.000 Menschen, die in Wilster und Umgebung gegen den Bau des KKW demonstrierten.

Wahlen zu den Volksräten in Albanien

Aus dem Volk – für das Volk

Am 3. März werden in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien die Wahlen zu den Volksräten und den Volksgerichten stattfinden. Gegenwärtig finden dazu überall in den Städten und Dörfern Versammlungen statt, in denen sich die Kandidaten der Demokratischen Front den Werktätigen der Wahlbezirke vorstellen und mit ihnen die Aufgaben diskutieren, die sich beim weiteren Aufbau des Sozialismus und bei der weiteren Festigung der Diktatur des Proletariats stellen.

Welche Rolle spielen die Volksräte in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien? In der kürzlich verabschiedeten Verfassung heißt es:

„Die Volksräte sind Organe der Staatsmacht, die unter der breiten Teilnahme der werktätigen Massen das Land in den gebietsmäßigen Verwaltungseinheiten regieren. Sie leiten das gesamte gesellschaftliche Leben auf politischem, wirtschaftlichem, sozialkulturellem, die Landesverteidigung und die Erhaltung der sozialistischen Rechtsordnung betroffenen Gebiet in den gebietsmäßigen Verwaltungseinheiten, in denen sie juristisch zuständig sind."

Das sind keine leeren Worte. Die Volksräte heißen nicht nur Volksvertretungsorgane, sondern sie sind es auch. Das zeigt sich bereits an der Zusammensetzung der Volksräte. Über 83% aller Mitglieder der Volksräte sind Arbeiter und Genossenschaftsbauern, die auch während ihrer Tätigkeit im Volksrat weiter in der Produktion arbeiten. Die Volksräte sind Organe der Diktatur des Proletariats und verkörpern in ihrem Bereich die Macht der herrschenden Klasse, des Proletariats.

Sie werden vom Volk gewählt und sind vor dem Volk für die Ausübung aller Funktionen der Staatsmacht und für die Erfüllung aller Aufgaben an allen Fronten des sozialistischen Aufbaus in Albanien verantwortlich.



Die breite Entfaltung der sozialistischen Demokratie in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien erfordert, daß sich jeder Werktätige für die Angelegenheiten seines Staates verantwortlich fühlt. Bild: Im landwirtschaftlichen Betrieb Lushnja wird gemeinsam die Zeitung studiert und diskutiert.

Deshalb erstattet ein Mitglied des Volksrats eines Dorfes, einer Stadt, des Wohnbezirks einer Stadt oder eines Bezirks der Bevölkerung des betreffenden Gebiets zweimal im Jahr Bericht. Dabei legt er nicht nur Rechenschaft ab über die Arbeit, die der Volksrat geleistet hat, sondern auch über seine eigene Tätigkeit als Mitglied des Volksrates. Diese Verantwortung gegenüber dem Wähler besteht sehr konkret. Die Wähler haben das Recht, ein Mitglied des Volksrates, das seine Aufgabe nicht erfüllt, das seine Pflichten als Volksvertreter verletzt, jederzeit abzuwählen.

Der Volksrat wählt aus seiner Mitte ein Exekutivkomitee, das im Gegensatz zum Plenum, dem Volksrat, ständig arbeitet und auf der Grundlage der Generallinie der Partei der Arbeit Albaniens, der Gesetze der Sozialistischen Volksrepublik und der Beschlüsse des Plenums die Diktatur des Proletariats im betreffenden Gebiet täglich und konkret ausübt. So wie der Volksrat und seine Mitglieder von den Werktätigen kontrolliert werden, wird das Exekutivkomitee vom Volksrat kontrolliert und ist ihm rechenschaftspflichtig.

Nehmen wir als Beispiel den Volksrat des Wohnbezirks Nr. 5 in Tirana. Ein Korrespondent von Radio Tirana interviewte vor einem Jahr die dortige Vorsitzende des Exekutivkomitees. In dem Interview heißt es unter anderem:

„Für den Volksrat des Wohnbezirks Nr. 5 ist die Rechenschaftslegung vor den Wählern und die ständige Kontrolle durch sie eine ständige Arbeitsmethode. Durch verschiedene Formen kontrolliert der Volksrat die Tätigkeit des Exekutivorgans, und die Einwohner des Bezirks kontrollieren die allseitige Tätigkeit des Volksrats, seine einzelnen Mitglieder sowie die Tätigkeit des Exekutivkomitees und seines Apparats.

Wie wird das konkret in unserem Wohnbezirk verwirklicht?

Jedes Jahr bestimmt der Volksrat des Wohnbezirks den Etat, der für die Verwirklichung seiner Aufgaben erforderlich ist. Die Billigung des Etats nimmt erst dann endgültige Form an, wenn er auch von den Einwohnern des Bezirks ausführlich diskutiert worden ist, wenn man ihre Meinung, ihre Vorschläge, Bemerkungen und Anregungen eingeholt hat. Das Exekutivkomitee legt regelmäßig bei jeder Sitzung des Volksrats Rechenschaft vor ihm ab. Es erstattet Bericht über seine Arbeit und die Arbeit seines Apparats, über die Erfüllung der Beschlüsse, die den Willen des Volkes ausdrükken, und über seine Tätigkeit zwischen zwei Sitzungen des Volksrats. Das Exekutivkomitee unterbreitet seine wichtigsten Beschlüsse zur Billigung. Auf diesen Sitzungen legen auch die einzelnen Räte Rechenschaft vor dem Plenum ab, über ihre Tätigkeit in dem Bereich, in dem sie gewählt sind. Sie legen Rechenschaft ab über die Erfüllung der Aufgaben und Beschlüsse, die der Volksrat auf seinen Sitzungen übernommen und gefaßt hat. Die Berichte des Exekutivkomitees werden von den Wählern der Räte diskutiert, damit das Volk direkt zu der Arbeit des Exekutivkomitees seine Meinung sagen kann. Dadurch haben die Räte in den Versammlungen auch die Vorschläge und die Stimme des Bereichs, den sie vertreten.

In der Zeitspanne zwischen zwei Sitzungen kontrollieren Gruppen von Volksräten die Tätigkeit des Exekutivkomitees und seines Apparates. Sie kontrollieren die für die Befolgung der Direktiven der Partei und der Beschlüsse geleistete Arbeit. An den Sprechtagen z. B. sind auch ein oder zwei Räte anwesend, die aus der Nähe kontrollieren, wie die Beschwerden und Bemerkungen des Volkes zu verschiedenen Fragen gelöst werden. Die Angestellten des Exekutivkomitees stehen unter der systematischen und fortwährenden Kontrolle des Volkes. Im vergangenen Jahr wurden etwa 30 Treffen zwischen dem Volk und den Angestellten des Exekutivkomitees dazu durchgeführt, wie die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aufgaben erfüllt wurden, über Fragen des Handels, des öffentlichen Dienstes, des Schul- und Gesundheitswesens, der revolutionären Erziehung der Kinder und der Jugend in Zusammenarbeit mit den Schulen des Wohnbezirks und anderes."

Einer von ihnen

„Sie suchen den Vorsitzenden? Er ist nicht hier . . ."

Er war draußen auf den Sektoren der Genossenschaft. Doch in welchem? Die zusammengelegte Landwirtschaftliche Genossenschaft Borizana hat eine weite Ausdehnung. Sie ist der größte landwirtschaftliche Betrieb im Kreis Kruja.



Dieser Mann ist Abgeordneter in der Volksversammlung in Albanien. Nicht nur in den Volksräten, sondern auch im höchsten Gremium des Staates gilt das Prinzip „Aus dem Volk – für das Volk".

Der Planungschef der Genossenschaft erkannte unsere Mißstimmung und fügte sogleich hinzu:

„Ich begleite Sie, gehen wir ihn suchen . . ."

Und wir machten uns auf die Suche nach Muharrem Seferi. Als wir zu einem Sektor kamen, sagte man uns:

„Er war eben hier . . . Jedoch nur kurz, er hat Anleitungen gegeben . . . Ich glaube, er ist jetzt im zweiten Sektor."

Wir fuhren weiter.

„Unser Vorsitzender sitzt nicht gern im Büro", erklärte unser Begleiter. „Man findet ihn immer auf den Feldern, unter den Genossenschaftlern."

Wir suchten den Vorsitzenden, um etwas über ihn und die von ihm geleitete Genossenschaft zu schreiben.

„Unsere Genossenschaft gehört zu den ersten, die im Bezirk Kruja gebildet wurden. Wir haben im September 1956 mit 22 Familien begonnen. Schon am ersten Tag wählten wir Muharrem Seferi zum Vorsitzenden."

Weshalb wurde gerade Muharrem zum Vorsitzenden gewählt? Unser Begleiter erzählte, daß Muharrem keine besondere Ausbildung dazu hatte. Er war in dieser Hinsicht ein Borizaner wie alle anderen. Vor der Befreiung des Vaterlandes konnte er mit Mühe und Not vier Klassen der Grundschule besuchen. Er wuchs auf, indem er die meiste Zeit als Hirte auf der Weide verbrachte und nicht in den vier Wänden jenes alten Hauses. Dann griff er zum Gewehr und wurde Partisan. In den ersten Jahren nach der Befreiung diente er weiter in der Armee. Damals wurde das Land, das den Beys gehört hatte, an die Bauern verteilt: Den Boden denen, die ihn bebauen. Das geschah auch in Borizana . . . Zu jener Zeit kehrte Muharrem mit erweitertem Horizont in sein Dorf zurück. In vielen Gegenden Albaniens waren die landwirtschaftlichen Genossenschaften errichtet worden. Die Bauern schlossen sich zusammen, vereinigten die Arbeitsmittel, rissen die Feldumzäunungen nieder und nahmen die Arbeit in Angriff, ihre Wirtschaft voranzutreiben und ihr Leben zu verbessern. Dies war eine kühne Idee, ein kühner Schritt, denn es bedeutete, das Dorf von einer Epoche in die andere zu versetzen. Wie würde es in Borizana weitergehen? Muharrem Seferi und viele seiner Genossen beschlossen, das Dorf in die neue Epoche zu führen.

Den ersten 22 Familien schlossen sich noch am selben Tag weitere 85 an, und dann folgten all die anderen. Mit Borizana schlossen sich später noch sechs Dörfer zusammen: Thumana, Bushnesh, Shpërdhet, Picraga, Derven, Gramza. Sieben Dörfer schufen so, wie sieben Brüder, eine gemeinsame Wirtschaft.

Muharrem brachte aus der Armee die Ordnung und Disziplin mit. Von Natur aus ist er ein Kämpfer für das Neue, das Fortschrittliche. Er scheut keine Arbeit: Wo es am schwierigsten ist, da ist der Vorsitzende stets dabei. So war es, als Sumpfland trockengelegt wurde oder als in den verkarsteten Wäldern Neuland urbar gemacht wurde. Die Genossenschaft gewann Tausende Hektar fruchtbares Neuland.

Muharrem ruhte aber nicht! Sollte ihm etwa die wenige Erfahrung, die er besaß, genügen, um die Genossenschaft zu einer Zeit zu leiten, in der Unwissenheit dem wissenschaftlichen Experimentieren auf den Feldern wich? Obwohl er schon vierzig war, studierte er Landwirtschaft.

„In diesem Alter war es ein mutiger Schritt für ihn, besonders wenn man bedenkt, daß er auch eine große Familie hatte. Doch Muharrem besaß das Wichtigste: einen eisernen Willen.

Nachdem er sein Examen als Diplomlandwirt abgelegt hatte, wurde ihm das Buch ein unzertrennlicher Genosse. Er vereinte in sich Vernunft, Erfahrung und Wissen. Über die verschiedensten Probleme diskutierte er mit den Spezialisten."

Der Planungschef erwähnte auch Zahlen und Vergleiche. Wir konnten uns so eine Vorstellung von den Riesenschritten machen, die diese Genossenschaft getan hatte; diese Errungenschaften sind Frucht der Arbeit aller Genossenschaftler. Stets sticht Muharrem Seferis Neuerergeist hervor. Er liebt die Genossenschaft, er wünscht ihren Fortschritt wie ein Vater den seines Kindes. Früher erbrachte die Genossenschaft nur 7-8 Doppelzentner Weizen je Hektar, jetzt sind es 24, ja sogar 40. Auf einigen Feldern der Genossenschaft wurden 100 Doppelzentner Hybridmais pro Hektar geerntet. Die Feldarbeiten sind mechanisiert. 1966 wurden auch die Felder dieser Genossenschaft elektrifiziert. Dadurch konnten Trieure *, Futterbereitungsmaschinen und Elektropumpen eingesetzt werden. Über 75 Prozent der Felder der Genossenschaft sind mit Bewässerungsanlagen versehen. Dieser landwirtschaftliche Betrieb ist heute eine der 35 Genossenschaften höheren Typs in Albanien.

Während wir den Vorsitzenden suchten, zeigte uns der Planungschef auch einige moderne Anlagen, die in den letzten Jahren errichtet worden waren. Im Vergleich zu 10 Jahren vorher gibt es hier heute 3mal mehr Kühe, 50mal mehr Geflügel und 30mal mehr Kleinvieh.

Die modernen Treibhäuser und der Kulturpalast mit 380 Zuschauerplätzen im Vorstellungssaal werden demnächst fertiggestellt. Überall fielen uns die neuen Häuser auf. Unser Begleiter erklärte:

„Es gibt kaum Familien, die sich nicht ein neues Haus gebaut haben. Sie sind mit allem notwendigen Komfort ausgestattet."

Als wir uns dem Sektor von Thumana näherten, erzählte er:

„Muharrem wurde in diesem Jahr zum vierten Mal zum Abgeordneten der Volksversammlung gewählt. Wir haben uns ausnahmslos alle an der Wahl beteiligt und unsere Stimmen für ihn abgegeben. Ende Oktober 1974, bei der ersten Tagung der Volksversammlung dieser Legislaturperiode, wurde unser Vorsitzender zum Mitglied des Präsidiums der Volksversammlung gewählt."

Durch die Erzählung unseres Begleiters, dem ich aufmerksam zugehört hatte, konnte ich mir ein klares Bild von Muharrem Seferi machen. Ich hatte ihn noch nie gesehen, meine Neugierde wuchs daher. Unser Begleiter wollte gerade etwas sagen, als er sich plötzlich an unseren Fahrer wandte und rief:

„Halt! Da ist der Vorsitzende!"

Wir stiegen aus. Wir befanden uns im Sektor von Thumana. Vor uns lagen endlos die Felder. Einst hatte hier die Malaria um sich gegriffen.

Vor einem Gebäude stand eine Gruppe Männer. Einer war besonders hochgewachsen. Er trug einen braunen Anzug und eine Mütze. Als unser Begleiter auf ihn zuging, drehte er sich um und kam uns entgegen.

Es war Muharrem Seferi.

Shaban Vani.

* Maschinen zur Getreidereinigung

HÖRT RADIO TIRANA!

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00 – 13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30 – 15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00 – 16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00 – 18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00 – 19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30 – 22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00 – 23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
6.00 – 6.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

15. Jahrestag der Reorganisation der KP Brasiliens

Konsequente Verteidigung des Marxismus-Leninismus

In diesen Tagen feiert die KP Brasiliens den 15. Jahrestag ihrer Reorganisierung auf marxistisch-leninistischer Grundlage. Die 5. außerordentliche Nationale Konferenz, die am 18. Februar von einer Handvoll von Kommunisten durchgeführt wurde, machte Schluß mit der faulen Einheit von Opportunisten, Revisionisten und Kommunisten in einer Partei. Sie markierte den vollständigen ideologischen, politischen und organisatorischen Bruch mit den modernen Revisionisten. Damit war die Kommunistische Partei Brasiliens eine der ersten marxistisch-leninistischen Parteien, die sich mutig gegen den modernen Revisionismus wandte, den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus konsequent verteidigte.

Der Kampf gegen den modernen Revisionismus war der größte, schwerste und bedeutendste Kampf, den die KP Brasiliens in ihrer ganzen bisherigen Geschichte seit ihrer Gründung im Jahre 1922 gegen die Feinde in ihren eigenen Reihen geführt hat. Im Februar 1972 heißt es deshalb in einem Artikel von „A Classe Operaria", dem Organ des ZK der Partei, anläßlich des 10. Jahrestages der Reorganisierung: *„Die Reorganisation der Partei nach der Konferenz von 1962 war nicht eine einfache Fortsetzung der alten Partei, die so glorreiche Traditionen in sich vereinigt hatte. Es geschah ein qualitativer Sprung in der Partei. Nachdem ein scharfer ideologischer Kampf vorausgegangen war, fand die Reorganisation auf der Basis des Marxismus-Leninismus statt, der der Partei den wahrhaften Charakter der politischen Avantgarde des Proletariats verlieh."*

Festhalten an der gewaltsamen Revolution

Ermutigt vom XX. Parteitag der KPdSU und den revisionistischen Thesen Chruschtschows gingen die von Prestes geführten brasilianischen Revisionisten in den Jahren 1957 und 1958 zum Generalangriff auf die revolutionäre marxistisch-leninistische Linie der Partei über und versuchten mit allen Mitteln, ihren proletarischen Klassencharakter zu zerstören.

Im Einklang mit Chruschtschow erklärten Prestes und Co., daß eine neue Epoche der „friedlichen" Entwicklung des Imperialismus angebrochen sei. Angeblich war die gewaltsame Revolution, um die Herrschaft des Imperialismus in Brasilien und der mit ihm verbündeten Großbourgeoisie und der Gutsbesitzer zu brechen, überflüssig geworden. Sie verwischten vollständig den Klassencharakter des brasilianischen Staates und behaupteten, daß die Demokratie und die nationale Unabhängigkeit allmählich durch die jeweiligen Regierungen der herrschenden Klasse erreicht werden könnte. Die Marxisten-Leninisten führten einen scharfen Kampf gegen diese verräterische Theorie. Sie verteidigten die von Lenin entwickelte Analyse des Imperialismus, brandmarkten seine reaktionäre und aggressive Natur und erklärten, daß es eine gefährliche Illusion sei, zu glauben, daß sich der Imperialismus jemals freiwillig aus Brasilien zurückziehen könnte. Nur die gewaltsame Revolution kann Brasilien vom Joch des Imperialismus, der Großgrundbesitzer und der Großbourgeoisie befreien.

Eine kurze Zeitspanne lang, von 1962 bis 1964, schienen die Ereignisse den modernen Revisionisten Recht zu geben. Die Revisionisten hatten sich mit der reformistischen Regierung von Goulart verbündet und schienen von Sieg zu Sieg zu schreiten. Aber in Wirklichkeit waren das Siege der Bourgeoisie. Mit dem vom amerikanischen Imperialismus initiierten faschistischen Putsch vom 1. April 1964 zerrannen alle Illusionen. *„Einerseits"*, heißt es dazu in „A Classe Operaria" vom Februar 1972, *„brachte dieser Staatsstreich dem Kampf des brasilianischen Volkes neue Schwierigkeiten, andererseits rüttelte er die breiten Massen Brasiliens auf und stellte sie vor die Realität, daß es unmöglich ist, dauerhafte Erfolge zu erringen, und noch weniger, das gegenwärtige System grundlegend zu ändern, im Rahmen eines herrschenden Regimes der Ausbeutung und Unterdrückung und mit friedlichen Mitteln, wie das die Revisionisten propagieren."*



Genosse Enver Hoxha und Genosse Pedro Pomar, der kürzlich von den brasilianischen Faschisten ermordete Führer der KP Brasiliens

Verteidigung der führenden Rolle der Arbeiterklasse

Zugleich mit der Beschönigung der aggressiven und räuberischen Natur des Imperialismus und der Propagierung des „friedlichen Weges" der Revolution, versuchten die brasilianischen Revisionisten, die KP Brasiliens zu einem Anhängsel der Bourgeoisie zu machen. Sie legten die Führung des Kampfs für die nationale Befreiung in die Hände der nationalen Bourgeoisie und riefen sogar dazu auf, sich in einer Front mit reaktionären Kräften zu vereinigen. Demgegenüber verteidigten die Marxisten-Leninisten, daß die Revolution in Brasilien nur siegen kann, wenn sie von der Arbeiterklasse geführt wird. ***„Die Führung der revolutionären Bewegung durch das Proletariat"***, heißt es in „A Classe Operaria" vom Februar 1972, ***„ist heute eine historische Notwendigkeit, ein objektives Gesetz der sozialen Entwicklung. Sowie sich die allgemeine Krise des Kapitalismus vertieft, wird die Tendenz zum Sozialismus immer offensichtlicher, der nur unter der Vorherrschaft der Arbeiterklasse erreicht werden kann, indem die Herrschaft der Bourgeoisie zerschlagen und die Diktatur des Proletariats errichtet wird. Diese Klasse führt nicht nur den Kampf zur nationalen Befreiung, sondern auch die Revolution in jeder Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, um das brasilianische Volk schließlich zum Kommunismus zu führen. Aber die Führung des Proletariats ist nur gesichert, wenn es auf seine unabhängige, wirklich revolutionäre Partei zählen kann."***

Die nationaldemokratische Revolution ist nur die erste Etappe auf dem Weg zum Sieg des Sozialismus. Liegt ihre Führung in den Händen der nationalen Bourgeoisie, wird sie entweder scheitern oder ihre Erfolge werden nach kurzer Zeit rückgängig gemacht. Denn die nationale Bourgeoisie ist ja selbst eine Ausbeuterklasse. Die Führung der Revolution in ihre Hände zu legen, bedeutet deshalb Verrat an der Revolution und am Kampf der brasilianischen Volksmassen gegen den Imperialismus und die einheimische Reaktion. Genausowenig kann die nationale Bourgeoisie der erste und bedeutendste Bündnispartner des Proletariats in der nationaldemokratischen Revolution sein. Deshalb kämpften die Marxisten-Leninisten in Brasilien für die Schaffung einer breiten demokratischen und antiimperialistischen Front unter Führung der Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft, in die die nationale Bourgeoisie teilweise unter bestimmten Bedingungen einbezogen werden kann.

Die einzig richtige Haltung ist die, an den Prinzipien festzuhalten

Im Kampf gegen diese und andere Theorien der modernen Revisionisten, im Kampf gegen den Versuch der Prestes und Co., die Partei 1961 aufzulösen und eine neue sozialdemokratische Partei zu gründen, entwickelte und festigte sich die Kommunistische Partei Brasiliens und lieferte ihren Beitrag zum Kampf der Marxisten-Leninisten auf der ganzen Welt gegen den Chruschtschow-Revisionismus.

„A Classe Operaria" vom Februar 1972 schreibt: *„Der Bruch mit den Opportunisten und der Wiederaufbau der Partei auf revolutionärer Grundlage bestätigt, daß die einzig richtige Haltung die ist, an den Prinzipien festzuhalten. Der kleine Kern von Kommunisten, der mit Festigkeit und voller Überzeugung den Geist der Partei verteidigte, war imstande, die Fahne der Revolution hochzuhalten ... Wie schwierig auch die kommenden Tage sein werden, die brasilianischen Kommunisten glauben fest an den Sieg. Sie kämpfen für eine gerechte Sache, für die grundlegenden Interessen des brasilianischen Volkes, für seine nationale und soziale Befreiung. Und die, die nicht vom revolutionären Weg abweichen und ihn mit Beharrlichkeit verfolgen, werden den Sieg erringen."*

Der ideologische, politische und organisatorische Bruch mit den modernen Revisionisten war, wie die vergangenen 15 Jahre gezeigt haben, vollständig richtig. Nach der 5. außerordentlichen Nationalkonferenz konnte die KP Brasiliens den allergrößten Teil der Revolutionäre in ihren Reihen vereinigen und wuchs zu einer machtvollen Kraft im Kampf des brasilianischen Volkes für seine nationale und soziale Befreiung. Der Bruch mit den modernen Revisionisten erlaubte es der Partei, alle Kräfte auf die Entfaltung des Volkskrieges zu konzentrieren, um das reaktionäre Regime zu stürzen. Heute steht die Partei an der Spitze des bewaffneten Kampfes und kämpft für seine Ausdehnung über das ganze Land. Die KP Brasiliens bietet der faschistischen Diktatur die Stirn, stählt und festigt ihre Reihen und ihr Einfluß auf die Kämpfe der Massen wächst ständig.

Alle diese Erfolge wären unmöglich gewesen ohne den schonungslosen, allseitigen Kampf gegen die modernen Revisionisten, den die Partei damals geführt hat und den sie heute fortsetzt, weil, wie Lenin betont hat, der Imperialismus nicht geschlagen werden kann, ohne zugleich den Opportunismus zu bekämpfen.

Aus aller Welt

THAILAND

Vor kurzem haben sich in der thailändischen Hauptstadt Bangkok hohe Offiziere der reaktionären Regime des ASEAN-Blocks aus Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und von den Philippinen getroffen. Ihre Beratungen dienten der Entwicklung neuer Methoden zur Niederschlagung des revolutionären Volkskrieges und der Kämpfe der Massen, an deren Spitze die kommunistischen marxistisch-leninistischen Parteien stehen. Selbstverständlich durfte bei dieser Beratung auch der Oberherr der faschistischen Regime, der amerikanische Imperialismus, nicht fehlen. Aber trotz aller Bemühungen der amerikanischen Imperialisten und ihrer faschistischen Lakaien gelingt es ihnen nicht, den Kampf der unterdrückten Volksmassen zu unterdrücken. So werden in diesen Tagen aus Thailand neue Siege der Volksstreitkräfte, die unter der Führung der KP Thailands stehen, gemeldet. Allein nach offiziellen Meldungen gelang es den Volksstreitkräften zwischen dem 7. und 13. Februar, 17 faschistische Polizisten oder Soldaten zu töten und 80 zu verwunden. Nur wenige Tage später gelang es den Befreiungskämpfern, einen Jagdbomber der thailändischen Luftwaffe im Nordosten des Landes abzuschießen.

BOTSWANA

Die rhodesischen Rassisten sind in der letzten Woche erneut auf das Gebiet von Botswana eingedrungen und haben ein Dorf überfallen. Damit setzen die rhodesischen Rassisten ihre aggressiven Akte gegen Botswana fort, um mit allen Mitteln den Befreiungskampf des Volkes von Simbabwe zu unterdrücken. Durch die Ausweitung des Krieges nach Botswana werden sich die rhodesischen Rassisten aber nur noch mehr den Haß der afrikanischen Völker und des Volkes von Simbabwe zuziehen.

USA

In den USA sind die Druckereiarbeiter von New York in den Streik getreten. Sie protestieren gegen die weitere Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen und kämpfen gegen die verstärkte Ausbeutung durch die Kapitalisten. Auch die Arbeiter in Washington, Detroit, Michigan und anderen Städten haben in der letzten Zeit machtvolle Streiks durchgeführt. Am 18. Januar demonstrierten Tausende von Werktätigen verschiedener Berufe in Atlanta. Sie forderten Sofortmaßnahmen, um die Preissteigerungen zu bremsen, die Löhne zu erhöhen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Auch über 9 000 Arbeiter von „General Motors" in Michigan sind in den Streik getreten. Dadurch kam die Produktion in sieben weiteren Betrieben von „General Motors" zum Erliegen.

PORTUGAL

„Voz do Povo", die Zeitung der UDP, hat in ihrer Nummer 135 dieses Jahres einen Protestbrief des Abgeordneten der UDP im portugiesischen Parlament an die Botschaft der Bundesrepublik in Lissabon veröffentlicht. In dem Brief protestiert der Abgeordnete gegen das Einreiseverbot für die Delegation der Partei der Arbeit Albaniens, die an der öffentlichen Abschlußveranstaltung des III. Parteitages der KPD/ML teilnehmen wollte, in die Bundesrepublik.

Italien: Kampf der Studenten

In den letzten Wochen hat der Kampf der italienischen Studenten gegen die Bildungspolitik des bürgerlichen Staates einen neuen Aufschwung genommen. In den letzten Jahren hat sich die Lage der italienischen Studenten immer mehr verschlechtert. Überfüllte Hörsäle, völlig unzumutbare Arbeitsbedingungen, die ständige Verteuerung des Studiums und der allgemeinen Lebenshaltungskosten sind typisch für die Situation an den italienischen Hochschulen. Zehntausende von Studenten sind bereits arbeitslos und weiteren Zehntausenden droht das gleiche Schicksal. In dieser Situation hat die italienische Regierung ein „Reformprogramm" erlassen, das die Lage der Studenten noch mehr verschlechtern und ihre politische Unterdrückung verschärfen soll. Im Kampf gegen dieses Programm erhoben sich die Studenten im ganzen Land. In Rom, Palermo, Bari, Padua, Genua, Mailand, Florenz und Bologna wurden die Fakultäten besetzt. Überall wurden große Demonstrationen abgehalten. Die Studenten kämpften mutig gegen die faschistischen Banden und gegen die Polizei, mit deren Hilfe die Regierung versuchte, den Kampf zu unterdrücken. Sie kämpften auch gegen die modernen Revisionisten der P„C"I, die offen die Regierung unterstützten und gegen den Kampf der Studenten auftraten. **Als sich Lucio Lama, der Boß der revisionistischen Gewerkschaft, auf den Campus der Universität Rom wagte und dort den Studenten frech ins Gesicht sagte, daß es in Italien viel zu viele Studenten gäbe und Propaganda für die Einführung des „numerus clausus" machte, wurde er von den empörten Studenten schmählich verjagt. Sein Gesinnungsfreund Antonio Ruberti, seit einiger Zeit Rektor der Universität Rom, scheute sich daraufhin nicht, die Polizei zu holen, damit sie die Studenten gewaltsam auseinanderjagt.**



Die Fahne der KPI/ML auf einer Demonstration der Studenten

Um dem Kampf der Studenten die richtige Orientierung zu verleihen, hat der Kommunistische Jugendverband Italiens/Marxisten-Leninisten, die Jugendorganisation der KPI/ML, ein Extrablatt unter dem Titel „Rebellion ist gerechtfertigt" herausgegeben. Darin werden die Studenten aufgerufen, sich auf revolutionärer Grundlage im Kampf gegen die Angriffe der Regierung zusammenzuschliessen. Der KJV Italiens/ML zeigt den Studenten die Perspektive des Kampfs für die sozialistische Revolution, die allein in der Lage ist, der Jugend eine glänzende Zukunft zu eröffnen.





Spanien **Portugal**

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien **Griechenland**

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Katastrophale Verhältnisse an den Schulen

Schüler treten in den Kampf

Korrespondenz: 5 000 Schüler demonstrierten im Februar in Wiesbaden. Tausende waren es auch, die Mitte Februar in Frankfurt auf die Straße gingen. Schülerdemonstrationen und Schülerstreik erregten auch in Rüsselsheim den Zorn der Schulverwaltungen. Bereits im Dezember hatten 10.000 Wiesbadener Schüler protestiert, die dem Aufruf des Stadtschülerrats gefolgt waren und gegen die katastrophalen Verhältnisse an den Schulen und Universitäten unseres Landes demonstrierten. Die Schüler forderten u. a. die Einstellung aller Lehrer, den Wegfall des Numerus clausus, Lehrmittelfreiheit, zwölf Wochenstunden Unterricht für Berufsschüler an zwei arbeitsfreien Tagen, volle Stundenzahl für alle Schüler, keine Normenbücher in der Oberstufe.

Zur Zeit fallen im sogenannten Kultusmusterland Hessen im Jahr 1977 über 20% Unterricht aus, 30 bis 40 Schüler sitzen im Durchschnitt in einer Klasse; gleichzeitig stehen ca. 2 000 arbeitslose Lehrer auf der Straße – und die Lage der Schüler und Lehrer verschlechtert sich laufend. Die Bildungsreform, die uns die Bildungspolitiker aller Bundesländer verkaufen wollen, ist geplatzt wie eine Seifenblase. Während für Subventionen der Industriekonzerne, Rüstung, Erhöhung der Diäten der Bundestagsabgeordneten jede Menge Geld verschleudert wird, kürzt die Bourgeoisie rücksichtslos die Ausgaben für die Ausbildung unserer Jugend. Die Klassen werden immer größer, Lehrer müssen Fachunterricht erteilen, für den sie gar nicht ausgebildet sind, Zuschüsse zu Klassenfahrten sind schon seit langem gestrichen usw. usf.



Demonstration der Frankfurter Schüler

Für den kapitalistischen Staat, der der Staat der Konzerne und Wirtschaftsmagnaten und nicht der Werktätigen ist, zählt nur eins: Profite! Bildung aber kostet erst mal viel Geld – also wird nur das Nötigste investiert. Für die Mehrheit der werktätigen Massen ist das Schlechteste an Bildung gerade gut genug.

Und wie steht es mit der Demokratie in unserem Rechtsstaat, in dem jeder angeblich frei und ungehindert seine Meinung äußern und demokratische Forderungen stellen darf?

Schüler und Eltern wurden von der Schulaufsichtsbehörde angesichts des Streiks der Schüler darauf hingewiesen, daß „Unterrichtsverweigerung" (die Demonstration fand während der Unterrichtszeit statt) „rechtswidrig" sei und Folgen nach sich ziehe. Die Lehrer waren aufgefordert worden, „vorgesehene" Klassenarbeiten zu schreiben und bei Nichtteilnahme den betreffenden Schülern die Note 6 zu erteilen. Der Vertreter des Ministeriums bemerkte zynisch, daß die Demonstration zusätzlichen, nicht „unerheblichen Stundenausfall" bedeute. Den Lehramtsreferendaren und anderen Lehrerkollegen, die sich mit dem Streik und den Forderungen der Schüler solidarisch erklärt hatten, wurde in einem Sonderrundschreiben der Schulaufsichtsbeamten gedroht: „Lehrkräfte, die sich möglicherweise mit den Aktionen solidarisch erklären wollen, haben mit dem Wegfall der Dienstbezüge und gegebenenfalls auch mit Disziplinarmaßnahmen zu rechnen.

Hier zeigt sich, wessen Staat das hier ist. Demokratie für die werktätigen Massen gibt es nicht, hier herrscht die Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse und alle Werktätigen.

Typisch auch, daß der reaktionäre GEW-Apparat mit keiner Silbe die Aktionen der Schüler unterstützte und im Gegenteil die Kollegen ermahnte, „diszipliniert" zu bleiben. Im Februar rief die GEW angesichts der wachsenden Empörung unter den Lehrern und Schülern dann zu einer sogenannten Aktionswoche auf: Natürlich kein Streik, sondern „Unterrichtsunterbrechung" für eine halbe Stunde am Vormittag, um mit Kollegen und Schülern über die Lage zu diskutieren und eine Demonstration am Freitagnachmittag! Aber – die GEW wird mit ihrer Abwieglerpolitik die Empörung an den Schulen nicht unterdrücken können. Für den 3. März haben die Schüler einen Aktionstag angekündigt. An acht hessischen Schulen fanden punktuelle Schülerstreiks statt. Der Kampf geht weiter.

17. Februar

155. Geburtstag Georg Weerths

Am 17. Februar 1822, vor 155 Jahren, wurde Georg Weerth geboren. Georg Weerth war, wie Friedrich Engels schrieb, „der erste und bedeutendste Dichter des deutschen Proletariats". Nach der Märzrevolution von 1848 übernahm Georg Weerth das Feuilleton der von Marx geleiteten „Neuen Rheinischen Zeitung". Später wurde er von den reaktionären preußischen Behörden gezwungen, nach England zu emigrieren und starb am 30. Juli 1856, gerade 34 Jahre alt, in Havanna. „Der Kanonengießer" wurde 1845 zum ersten Mal veröffentlicht.



Georg Weerth

"Der Kanonengießer"

Die Hügel hingen rings voll Tau;
Da hat die Lerche gesungen.
Da hat geboren die arme Frau –
Geboren den armen Jungen.

Und als er sechzehn Jahre alt:
Da wurden die Arme strammer;
Da stand er in der Werkstatt bald
Mit Schurzfell und mit Hammer.

Da rannt er den Öfen in den Bauch
Mit schweren Eisenstangen,
Daß hell aus Schlacken und aus Rauch
Metallne Bäche sprangen!

Kanonen goß er – manches Stück!
Die brüllten auf allen Meeren;
Die brachten die Franzen ins Unglück
Und mußten Indien verheeren.

Die warfen Kugeln, leidlich schwer,
Den Chinesen in die Rippen;
Die jauchzten Britanniens Ruhm daher
Mit eisernen Kehlen und Lippen!

Und immer goß der lust'ge Held
Die blitzenden Geschütze:
Bis ihm das Alter ein Bein gestellt,
Die Fäuste wenig nütze.

Und als sie versagten den Dienst zuletzt,
Da gab es kein Erbarmen:
Da ward er vor die Tür gesetzt
Wohl unter die Krüppel und Armen.

Er ging – die Brust so zornig weh,
Als ob sie der Donner durchgrollte
Von allen Mörsern, die er je
Hervor aus den Formen rollte.

Doch ruhig sprach er: „Nicht fern ist das,
Vermaledeite Sünder!
Da gießen wir uns zu *eigenem* Spaß
Die Vierundzwanzigpfünder."

"Deformationsgeschoß"

Völkerrechtlich verboten

Mit einer neuen Waffe soll die Polizei in der Bundesrepublik demnächst ausgerüstet werden. Es handelt sich dabei um ein sogenanntes „Deformationsgeschoß", eine Patrone, die im Unterschied zu den bisher üblichen Patronen den Körper eines Menschen nicht mehr durchschlägt. Das neue Geschoß verformt sich dagegen beim Aufprall und bleibt im Körper stecken.

Angeblich soll die neue Patrone besonders „human" sein. Diese von den Behörden und der bürgerlichen Presse aufgestellte Behauptung klingt kaum glaublich. Was soll denn das für ein „Humanismus" sein, bei dem es einzig und allein darum geht zu überlegen, wie man sein Opfer möglichst schnell und möglichst wirkungsvoll zur Strecke bringen kann? Im übrigen sind die Wirkungen der neuen Patrone und ihre Einsatzmöglichkeiten schon seit längerem bekannt. Das „Deformationsgeschoß" gehört schon lange zum festen Arsenal der amerikanischen Polizei. Bekannt ist, daß solche Geschosse schwere innere Verletzungen hervorrufen. Bekannt ist auch, daß sie von der amerikanischen Polizei hauptsächlich bei Demonstrationen und Kämpfen der Werktätigen gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter und Unterdrücker eingesetzt wird. Zum erstenmal angewendet wurde sie, um eine Demonstration gegen den Aggressionskrieg der amerikanischen Imperialisten in Vietnam niederzuschlagen.

Im übrigen, und das entlarvt alle Propaganda über die „neue humane" Waffe vollends als zynisches Gerede, heißt es sogar in der heute noch gültigen Haager Erklärung, die Bestandteil des Völkerrechts ist, ausdrücklich, daß sämtliche Geschosse, die sich im menschlichen Körper verformen, im Kriegsfall verboten sind.

Die Polizei noch besser als bisher als Bürgerkriegsarmee gegen das Volk auszurüsten, das ist der Sinn nicht nur der Einführung des neuen Geschosses, sondern auch der Ausrüstung der Polizei mit Handgranaten und Maschinenpistolen und der Freigabe des Todesschusses.



Zuerst vor 10 Jahren in den USA gegen Gegner der US-Aggression in Vietnam angewandt. Jetzt sollen sie auch in der Bundesrepublik eingeführt werden: „Deformations"-geschosse bei der Polizei.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 300526
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr......

O für 1 Jahr O für 1/2 Jahr O Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich DM 30,-- O halbjährlich DM 15,-- O vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Scharerstr. 10. Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13. Tel.; 0521/177404.

463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

28 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

41 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.

43 Essen (Altenessen), Altenessenerstr. 243. Öffnungszeiten: Di. 16-18, Fr. 12.30-18, Sa. 10-13 Uhr.

6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16-18.30, Sa 9-14 Uhr.

23 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46. Tel.: 0431/56 77 02. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr 16.30-18.30,

44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.